

2. Milieus und Wahlen

SIEGFRIED WEICHLIN

Politische Kultur und Sozialmilieus im Regierungsbezirk Kassel 1920 – 1960

Einleitung

Die Politische Kultur-Forschung näherte sich ihrem Gegenstand in den letzten Jahren vor allem auf zwei Wegen. Zum einen wurden einzelne politisch homogene Gesinnungsgruppen oder Sozialmilieus in historischer Längsschnittanalyse betrachtet, zum anderen richtete sich der Blick vermehrt auf regionale Differenzierungen.¹ Im Sinne der ersten Forschungsstrategie dienten die politischen Feiertage sozusagen als Gradmesser für Politische Teilkulturen der Weimarer Republik.² Neben dieser auf einzelne Fragmente der Weimarer Politischen Kultur bezogenen Forschungsrichtung etablierte sich die regionale Politische Kultur-Forschung.³ In methodischer Hinsicht regte Karl Rohe die Untersuchung selbständiger Staaten, preußischer Regierungsbezirke und der Reichstagswahlkreise der Jahre 1867 bis 1918 an. Diese Raumeinheiten eignen sich deshalb besonders für die Analyse Politischer Kultur, weil sie entweder über ein eigenes politisch-administratives System verfügen oder aber historisch gewachsene Landschaften darstellen, »die in der Vergangenheit

heit spezifischen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt waren.«⁴

Der Regierungsbezirk Kassel bietet außergewöhnlich gute Voraussetzungen für politisch-kulturelle Fragestellungen. Er weist beide von Karl Rohe angeführten Kriterien auf. Das Kurfürstentum Hessen-Kassel und der spätere Regierungsbezirk Kassel stellten eine eindeutig abgegrenzte Verwaltungseinheit und eine historisch gewachsene politische Landschaft mit großer Vielfalt dar. Wichtige politisch-administrative, aber auch wirtschaftliche und soziale Kontinuitätslinien wirkten durch die modernisierungsverzögernde Herrschaft des letzten Kurfürsten und die verspätet einsetzende Industrialisierung noch bis in das zwanzigste Jahrhundert nach. In Hessen-Kassel bündelten sich während der Weimarer Jahre aufgrund seiner Mittellage und der Vielfalt seiner inneren Gliederungen wie auch der wechselvollen politischen Geschichte wie in einem Brennpunkt wirtschaftliche und soziale Prozesse, die im Reich oder in Preußen längere Zeiträume in Anspruch nahmen.⁵

Die meisten der reichsweit vertretenen politischen Teilkulturen fanden sich auf der regionalen politischen Bühne wieder: die Sozialdemokraten im Raum Kassel, der politische Katholizismus in Osthessen, liberale und konservative Parteien in Marburg, Kassel und weiten Teilen Nordhessens und Waldecks sowie die Kommunisten in Hanau. Nur zwei nationalpolitisch wichtige Gruppen fehlten im regionalen politischen Geschehen: Ostelbische Junker und rheinisch-westfälische Schwerindustrielle. Wie im Reich so kristallisierten sich die Gesinnungsgruppen auch im Kasseler Bezirk an bestimmten lokalen Schwerpunkten aus. Ihre Anzahl und Verteilung begründete die erstaunliche

1 Zur Politischen Kultur-Forschung vgl. Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987), Opladen 1987; Heinrich Best (Hrsg.), Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich. (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen Bd. 22), St. Katharinen 1989.

2 Vgl. Detlef Lehner/Klaus Megerle (Hrsg.), Forschungsprojekt »Politische Kultur in der Weimarer Republik. Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft.« (Occ. Papers No. 13), Berlin 1985; Dies. (Hrsg.), Politische Identität und Nationale Gedenktag. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989; Dies. (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990. (= Dies., Wirtschaft, Gesellschaft und Politische Kultur in einer südwestdeutschen Kleinstadt. Fragmentierte Gesellschaft und Nationalsozialismus. Diss., Tübingen 1989).

3 Erste Erträge der regionalen Politischen Kultur-Forschung in: Hans-Jürgen Smula, Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919 bis 1933. (Studien zur Politikwissenschaft Bd. 23), Münster 1987; Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtesellschaft. Ertlingen 1918-1939. Sigmaringen 1991.

4 Karl Rohe, Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung? In: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. (Ordo Politicus Bd. 28), Berlin 1991, 17-37, 21; Vgl. ebenfalls Heinrich Best, Politische Regionen in Deutschland: Historische (Dis-)Kontinuitäten. In: ebd., 39-64.

5 Vgl. allgemein Thomas Klein, Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945. Reihe A: Preußen, Bd. 11: Hessen-Nassau, Marburg 1979; Ders., Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum/Freistaat Waldeck-Pyrmont 1866-1945. In: Walter Heine Meyer (Hrsg.), Das Werden Hessens. Marburg 1986, 565-695; Ders., Hessen-Nassau: Vom Oberpräsidialbezirk zur Provinz. In: Hessisches Jahrbuch zur Landesgeschichte 35 (1985), 204-228 sowie Ders., Hessen-Nassau. Von der Annexion zur Integration. In: Hans Patze (Hrsg.), Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten (1866). Marburg-Ulm 1985, 19-55; Eine erste Untersuchung der politischen Kultur in Hessen in einer längeren Perspektive bietet bereits W. Menges/W. Toonen, Deutsche Parteienentwicklung und Wahlentscheidungen seit 1871 mit besonderer Berücksichtigung des politischen Bildes von Hessen. Eine politisch-soziographische Untersuchung. In: Social Compass 4 (1956/57), 68-97.

Nähe der Ergebnisse im Regierungsbezirk zu den Werten der einzelnen Parteien im Reich.⁶

Die genannten politischen Großgruppen lassen sich unterscheiden nach dem Kriterium der sozialen Schichtenheterogenität: Während der politische Katholizismus, der Liberalismus und der Konservatismus mehrere gesellschaftliche Gruppen integrieren mußten, waren die Arbeiterparteien der Sozialdemokratie und mehr noch der Kommunisten vergleichsweise schichtenhomogen. Im folgenden soll nur von jeweils einem schichtenheterogenen und einem schichtenhomogenen Milieu die Rede sein: dem osthessischen Katholizismus und der Kasseler Sozialdemokratie.⁷

Historisch greifbar werden die politischen Sozialmilieus außer in ihrer wahlgeschichtlichen Konstanz in ihrer ›Subkultur‹ und ›Substruktur‹. Beide Momente konkretisieren den allgemeineren Begriff der ›Subgesellschaft‹, an den sich die Sozialmilieubegrifflichkeit anlehnt, und beleuchten die enge Verzahnung von Weltanschauung, Wertorientierung, Vereinen und Verbänden. Urs Altermatt führte diese Begriffsdifferenzierung ein, um die Dialektik von lebensweltlich präformierter Ideologie (Subkultur) und Organisationswesen (Substruktur) näher zu fassen. Subgesellschaften wie Sozialmilieus erhielten ihre historische Konstanz und politische Relevanz dadurch, daß in ihnen die organisatorischen Beziehungen ideologisiert und ideologische Positionen organisiert wurden.⁸

Anhand der Gradmesser des politischen Wahlverhaltens, der Subkultur und Substruktur sollen Fragen der Konstanz und Persistenz des katholischen und des sozialdemokratischen Sozialmilieus beantwortet werden. Wie lange konnten sich die verschiedenen politischen Sozialmilieus in der Weimarer Republik behaupten? Welche inneren Integrationsmuster hielten diese Gruppen im einzelnen zusammen? Wo und warum

6 Die im folgenden verwendeten Wahlstatistiken nach Thomas Klein, Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte. Erster Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867-1918, Marburg 1989 und ders., Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1919-1933. Unter Mitwirkung von Thomas Weidemann bearbeitet und eingeleitet von Friedhelm Krause. Erster Teilband: Regierungsbezirk Kassel und Waldeck-Pyrmont, Marburg 1992.

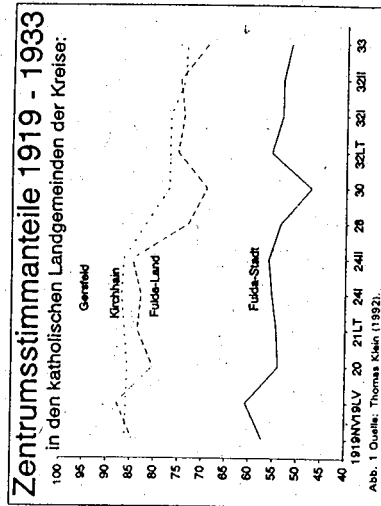
7 Die nachfolgenden Untersuchungen basieren auf Siegfried Weichlin, Sozialmilieus und Politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich. Diss. Freiburg i.Br. 1992. Der Verfasser arbeitete in dieser Studie milieuvergleichend und zog hierfür neben dem Katholizismus und der Sozialdemokratie in Nordhessen noch die Liberalen in Marburg, die Konservativen in den nordhessischen Kleinstädten und die Kommunisten in Hanau heran. Vgl. ebenfalls ders., Politische Kultur und Wählerverhalten. Das Beispiel hessischer Kreise am Ende der Weimarer Republik. In: Sozialwissenschaftliche Informationen 20 (1991), 133-140.

8 Vgl. Urs Altermatt, Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der ›Katholischen Subgesellschaft‹ am Beispiel des Schweizer Katholizismus. In: Karl Gabriél/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980, 145-165, 147f.

traten Einbrüche auf, wo und warum konnten sie sich wieder stärken? In welchem Verhältnis standen Konstanz und Erosion der Milieus? Die Ausführungen gliedern sich in drei Abschnitte: in den beiden ersten werden das katholische und das sozialdemokratische politische Sozialmilieu untersucht. Der Schluß geht der Frage nach, ob von politischen Sozialmilieus nach 1945 noch die Rede sein kann.

I. Das Fuldaer katholische politische Sozialmilieu in der Weimarer Republik

Osthessens Politische Kultur stand seit 1867 durchgehend im Zeichen des politischen Katholizismus. Die katholische Zentrumspartei errang seit 1871 absolute Mehrheiten und stellte ohne Unterbrechungen den Reichstagsabgeordneten des siebten kurhessischen Wahlkreises. Diese absolute politische Dominanz hielt auch in der Weimarer Republik an. Zwischen 1918 und 1933 gewann das Zentrum bei allen Reichstagswahlen mit einer einzigen Ausnahme (Dezember 1924) die absolute Mehrheit der Stimmen in der Stadt Fulda und den angrenzenden mehrheitlich katholischen Kreisen Fulda-Land, Gersfeld und Hünfeld, aber auch in den katholischen Gemeinden der Landkreise Schlüchtern und Kirchhain mit ihrer starken katholischen Minderheit. Für die Wahlgeschichte zwischen 1919 und 1933 lassen sich dennoch drei Phasen der katholischen Wählermobilisierung unterscheiden (vgl. Abbildung 1).



1. Zwischen den Nationalversammlungen 1919 und den Reichstagswahlen im Dezember 1924 hielten sich die Zentrumsstimmenteile in etwa gleichmäßig auf einem Niveau jenseits der 80-Prozent-Marke. In

dieser Zeit setzte sich die ungebrochene Vorherrschaft des Zentrums im Anschluß an die Ergebnisse vor 1914 gleichsam nahtlos fort.

2. In der Mittelphase der Republik verlor das Zentrum viele seiner Wähler. Den Tiefpunkt der Wählermobilisierung stellte die Reichstagswahl vom Mai 1928 dar, als das Zentrum auch in Fulda und besonders den Fuldaer Landgemeinden dramatisch an Stimmen verlor. In allen Fällen führten die Zentrumseinbußen jedoch nicht zum Verlust seiner Vormachtstellung.⁹

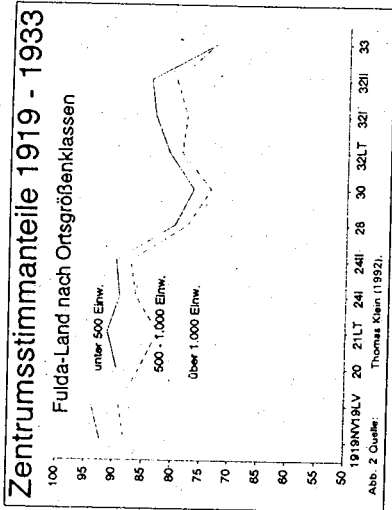
3. Ab 1930 konnte das Zentrum seine katholische Klientel unter den Vorzeichen einer erneuerten Kulturkampfstimmung gegen den Nationalsozialismus wieder verstärkt mobilisieren und zum Teil die Verluste von 1928 wieder wett machen, ohne jedoch die außerordentlich hohen Werte der Anfangsphase nach 1919 je wieder zu erreichen.

Die wahrgeschichtliche Charakteristik des Fuldaer Zentrums gewinnt an Tiefenschärfe, werden seine Ergebnisse nach Ortsgrößenklassen und agrarischem Bevölkerungsanteil in den katholischen Landgemeinden differenziert. Nach Ortsgrößenklassen und Agrarbevölkerung aufgliedert ergeben sich ebenfalls zwei deutlich voneinander getrennte Phasen der Wählermobilisierung und ein Anstieg der Zentrumswähler nach 1930. Das Zentrum besaß in allen Fällen seinen stärksten Rückhalt in den kleineren Dörfern mit unter 500 Einwohnern, die überdurchschnittlich agrarisch geprägt waren.¹⁰ In den größeren Gemeinden blieb das Zentrum zwar immer noch die absolut dominierende Kraft, jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau als in den kleineren Dörfern (vgl. Abbildung 2). Während die Zentrumsstimmanteile in den kleineren Gemeinden ein sehr viel gleichmäßigeres Bild ergaben, traten in den größeren Industriegegenden teilweise beträchtlich Schwankungen auf. Die politische Integrationsaufgabe mehrerer sozialer Gruppen in diesen Gemeinden gestaltete sich

⁹ So sank der Stimmenanteil in den Fuldaer Landgemeinden zwischen Dezember 1924 und Mai 1928 um 11,6% von 84,6 auf 73,1% und zum September 1930 noch einmal um 3,9% auf knapp unter 70%. Noch dramatischer stellt sich der Wählerückgang des Zentrums dar, betrachtet man die absoluten Stimmzahlen. Hier verlor der politische Katholizismus 1928 in den Fuldaer Landgemeinden 15% seiner Wähler vom Dezember 1924, konnte jedoch bis zu den Septemberwahlen 1930 knapp 2 Prozent wieder zurückgewinnen. Ähnlich sieht das Bild in den katholischen Gersfelder Landgemeinden aus: Der Zentrumsstimmanteil ging hier zwischen 1924 und 1928 um 12,1% von 90,0 auf 77,9%, die absolute Wählerschaft sogar um 23,5% zurück.

¹⁰ So wiesen die Gemeinden mit unter 500 Einwohnern 56,7% Agrarbevölkerung auf. In den Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern - zumeist Arbeiterwohndörfern in der Nähe Fuldas oder im Neuhöfer Kaligebiet - betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung 1933 nurmehr 23,7%. Der Anteil der von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung in den Landgemeinden wurde nur bei der Volkszählung 1933 erhoben. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches Bd. 456 Heft 25, 46ff.

für den politischen Katholizismus schwieriger als in den vergleichsweise sozial homogenen Klein- und Zwergdörfern.



Das Zentrum war ausweislich seiner Wahlerfolge in Ostthessen eine soziale Integrationspartei auf weltanschaulicher Basis mit deutlichem agrarischem Schwergewicht. Damit tritt die Frage nach den Ursachen für die erstaunliche Konstanz des katholischen politischen Sozialmilieus in den Vordergrund. Im folgenden sollen milieukonstitutive Größen wie auch ihre Gefährdungspotentiale aufgewiesen werden. Gefragt wird dabei nach Wirkungsmustern und Vermittlungsinstanzen, die der Milieuintegration dienen. Die milieukonstitutiven Momente können in milieupositive und milieudefensive Faktoren unterteilt werden. Zu den milieupositiven Faktoren im katholischen Bereich zählen die hohe kirchliche Bindung sowie die Dominanz agrarisch-mittelständischer Schichten. Milieudefensiv wirkte das berufsständisch und vor- bzw. antimodern eingestellte soziale Ordnungsdenken, der teilweise militante Antisozialismus, der Anti-Liberalismus und der Anti- \rightarrow Mammonismus¹¹ als Protest gegen die am Konsum orientierte industrielle Massengesellschaft. Eine gewisse Zwischenstellung zwischen bewahrenden und abwehrenden Faktoren nahmen Vereine und Verbände ein, die sowohl der Versicherung und Pflege gemeinsamer Einstellungen wie auch als politische Vorforderorganisationen der Agitation und Abgrenzung dienten.

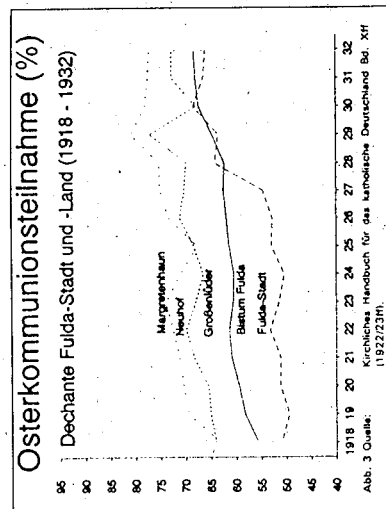
1.1. Subkultur und Substruktur des Fuldaer katholischen Sozialmilieus

Der methodische Vorzug des Sozialmilieukonzeptes gegenüber z. B. der Klassen- oder Schichtenbegrifflichkeit liegt in seiner Mehrdimensionalität. Im Milieu verbinden sich nicht nur wirtschaftliche und soziale Faktoren, einen wesentlichen Bestandteil stellt darüber hinaus die Präformierung politischer und organisatorischer Loyalitäten durch vororganisa-

torische Größen der Lebens- und Arbeitswelt dar, die hier im Konzept der Subkultur zusammengefaßt werden. Für den Bereich des katholischen Sozialmilieus ist in diesem Zusammenhang die Untersuchung der kirchlichen Bindung und damit des Einflusses kirchlicher Deutungs- und Orientierungsmuster im Alltag entscheidend.

Osterkommunion und kirchliche Bindung.

Die Teilnahme an der Osterkommunion galt schon den Zeitgenossen als Gradmesser katholischer Kirchenbindung, da sie die Befolgung der kirchlichen Vorschrift dokumentiert, einmal in der alljährlichen Osterzeit zur Kommunion zu gehen. Mit Johannes Horstmann kann angenommen werden, »daß derjenige Katholik, der in der österlichen Zeit mindestens einmal kommuniziert, sowohl eine höhere institutionell-kirchliche Bindung besitze als auch religiöser sei als jener, der dem Altarsakrament fernbleibt.«¹¹ Die Teilnahme an der Osterkommunion lag in der Diözese Fulda während der Weimarer Republik deutlich über den preußischen und den Reichswerten (vgl. Abbildung 3). Zwar kamen in allen Fällen über die Hälfte der Katholiken der Pflicht zur Osterkommunion nach, im Bistum Fulda waren es indes deutlich mehr: über 60%. Im Vergleich der deutschen Bistümer stellte die Fuldaer Diözese sozusagen den Übergang von den vergleichsweise niedrigen Werten im industriell und urban fortgeschritteneren Preußen zum mehr ländlichen süddeutschen Raum dar.



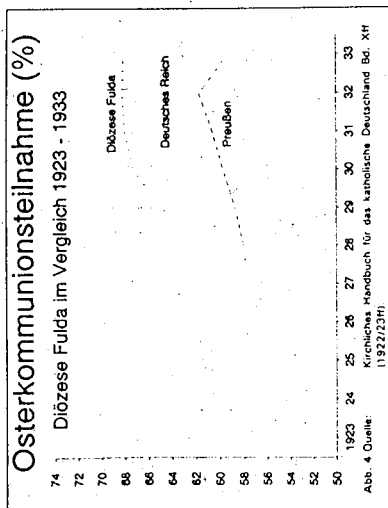
¹¹ Johannes Horstmann, Katholiken und Reichstagswahlen 1920-1933. Ausgewählte Aspekte mit statistischem Material. In: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 26 (1985), 63-95, 64.

In allen drei Fällen stieg die Kirchlichkeit der Katholiken im untersuchten Zeitraum an, ein Befund, der zumindest von kirchenstatistischer Seite nicht für eine fortschreitende Säkularisierung spricht. Im Gegenteil: Die Katholiken in Deutschland, in Preußen und in der Diözese Fulda durften am Ende der Weimarer Republik gemessen an der Osterkommunion als kirchlicher bezeichnet werden als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Befunde auf allen drei Ebenen lassen eher eine Tendenz zur Rekonfessionalisierung erkennen, die durch organisationsgeschichtliche Befunde noch weiter erhärtet werden wird.

Eine Tiefenstaffelung der Kommunionstatistik nach Stadt und Land ergibt auch für den Katholizismus ein Kirchlichkeitsgefälle vom Land in die Stadt (vgl. Abbildung 4). Dieser Gegensatz fand im Protestantismus eine wesentlich schärfere Ausprägung, schlug sich aber auch im Katholizismus nieder.¹² Die Osterkommunionsteilnahme in der Stadt Fulda lag unter den Bistumswerten, diejenigen der ländlichen Dekanate Großenluder, Neuhof und Margrethenau dagegen deutlich darüber. Sowohl in der Stadt wie auch auf dem Lande stieg gegen Ende der Weimarer Republik die Zahl der Osterkommunikanten an. Dennoch: In allen Fällen durfte die bei weitem überwiegende Mehrheit der Katholiken als kirchentreu bezeichnet werden, über die Hälfte der städtischen Katholiken und mehr als zwei Drittel der Katholiken auf dem Lande kamen ihrer kirchlich gebotenen Osterkommunionspflicht nach.¹³

¹² Zum Stadt-Land-Gefälle in der protestantischen Kirchenbindung vgl. Lucian Hölscher/Ursula Männich-Polenz, Die Sozialstruktur der Kirchengemeinde Hannovers im 19. Jahrhundert. Eine statistische Analyse. In: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 88 (1990), 159-211; zum Säkularisierungsprozeß im Protestantismus vgl. ders., Die Religion des Bürgers. Bürgerliche Frömmigkeit und Protestantische Kirche im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), 595-630 und ders., Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. Ein Vergleich zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. In: Hans Jürgen Puhle (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft - Politik - Kultur. Göttingen 1991, 238-258.

¹³ Im Schaubild 4 tritt dieser Anstieg etwas zu stark hervor, da 1929/30 sich sowohl die Bistumsgrenzen leicht veränderten, als auch Umgruppierungen auf der Ebene der Dekanate eintrafen. So verlor das Bistum Fulda durch das preußische Konkordat mit dem Heiligen Stuhl das urbane Frankfurter Vorstadtekanat Bockenheim und erhielt dafür das ländliche Eichsfeld. Auch das Dekanat Fulda-Stadt wurde durch die Hinzunahme von Johannesberg in seiner sozialen Zusammensetzung ländlicher. Vgl. hierzu die ausführlicheren Erörterungen in: Siegfried Weichlein, Katholisches Sozialmilieu und kirchliche Bindung in Ostessen 1919-1932. Erscheint in: Archiv für mittelhessische Kirchengeschichte 45 (1993).



Die kirchliche Bindung hatte eine weitgehende Ritualisierung des Alltags wie auch des Jahres entlang religiöser Deutungskalender zur Folge. Hierzu zählen kirchliche Festrhythmen und -kalender genauso wie die Befolgung der vielen Verhaltensmaßregeln wie des Freitagsgebotes auf Fleischverzicht, der hervorgehobenen Festzeiten, die sich mit ihren langen Vorbereitungen tief ins kollektive Gedächtnis eingruben, Buß- und Andachtsübungen, die seit dem 19. Jahrhundert regelmäßig auf Gemeindeebene durchgeführten Volksmissionen sowie der tägliche Kirchgang der Frauen und Kinder und der sonntägliche für alle Katholiken. Dergleichen rituelle Wiederholung von Festen und Verhaltensmuster kann sozialpsychologisch als Einübung in ein vorgegebenes soziales Antwort- und Deutungssystem interpretiert werden. Die katholische Sozialmoral als normatives Deutesystem der sozialen Dimension stellte kein abstraktes Ideensystem dar, sondern einen individuell erfahrbaren und vergemeinschaftenden Faktor.¹⁴

Agrarisch-mittelständische Sozialstruktur

Die relative politische Homogenität im osthessischen Katholizismus wurde neben lebensweltlichen Faktoren wesentlich durch das Ausbleiben gravierender sozialer Unterschiede erleichtert. Im Fuldaer Land herrschte bis weit ins zwanzigste Jahrhundert noch die Landwirtschaft vor und wirkte vergemeinschaftend mit ihren jahreszeitlichen Zyklen auf die katholische Landbevölkerung. Nur vereinzelt entstanden in der Nähe

¹⁴ Vgl. Herbert Kühr, *Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster*. In: Dieter Oberndörfer/Helmut Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1985, 245-261, 252ff.

der städtischen Industriebetriebe und des Neuhofer Kaliegebietes Arbeiterwohndörfer mit einer gemischten Sozialstruktur. Aber auch hier stellte die von den Arbeitern nach Feierabend betriebene nebenwerbliche Landwirtschaft eine Brücke zwischen den verschiedenen sozialen Ausgangslagen und Interessen dar. Fulda war zwar von der Industrialisierung erfaßt worden, dennoch fanden sich hier nicht scharf abgegrenzte Klassen- und Bewußtseinslagen, wie es z.B. für Hanau aber auch für Kassel kennzeichnend war. Neben der Arbeiterschaft dominierten mittelständische selbstständige und unselbstständige Schichten in Fulda. Konservative katholische Politik konnte so mühelos an deren sozialen Konservativismus und an die auf Beharrung bedachten Einstellungen der Landbevölkerung anknüpfen.

Sekundäre organisationsgeschichtliche Integration

Diese Rahmenbedingungen stellten die sozialmoralischen Einstellungen auf Dauer und Beharrung. Den Momenten der Kontinuität standen indessen Brüche und Diskontinuitäten gegenüber, die vom Prozeß der auch in Osthessen voranschreitenden Industrialisierung herrührten. Dieser Vorgang wirkte sich mehr auf das städtische Bewußtsein denn auf ländliche Bewußtseinslagen aus. Die Zuwanderung in die Stadt sowie die neue Erfahrung des industriellen Arbeitsalltages und seiner nivellierenden Auswirkungen stellten die katholisch präformierte Lebenswelt vor eine schwerwiegende Belastungsprobe. Ihr begegnete man katholischerseits mit dem Bemühen um sekundäre Integration über Vereine und Verbände, die Ende des 19. Jahrhunderts in zahlreicher Form entlang der verschiedener Organisationsprinzipien ins Leben gerufen wurden.

Diese für die bürgerliche Gesellschaft typische Assoziationsform herrschte auch im katholischen Sozialmilieu vor. Die Freiwilligkeit des Beitritts, die interne Gleichheit der Mitglieder und die spezifische Zwecksetzung verbanden den Vereinskatholizismus mit der bürgerlichen Gesellschaft.¹⁵ Gleichwohl wurde die Sozialform Verein durch die organisatorische Energie des Katholizismus entscheidend umgeprägt. Die katholische Vereinsbewegung setzte in breitem Umfang seit der 1848er Revolution ein. Seitdem galten Vereine im Katholizismus als Mittel zur Organisation und-Selbstbehauptung in einer modernen, liberalen und säkularen Welt, welche die christliche Gesellschaft zerstörte. Denn statt Medium einer sich ausbildenden übergreifenden bür-

¹⁵ Vgl. Josef Mooser, *Das katholische Vereinswesen in der Diözese Paderborn um 1900*. In: *Westfälische Zeitschrift* 141 (1991), 447-461.

gerlichen Öffentlichkeit zu werden, blieb der katholische Verein immer in Balance zwischen freier Interessenartikulation und paternalistischer Führung. Indiz für die nur partielle Rezeption der bürgerlichen Assoziationsform ›Verein‹ stellte die Mischung aus den Laienelementen und ihrer Verantwortlichkeit im Vereinsvorstand und dem klerikalem Einfluß durch die geistlichen Beiräten dar. Anders als in der bürgerlichen Öffentlichkeit stellte der katholische Verein keine im strengen Sinne freie Assoziationsform dar, sondern wies eher Züge der gelenkten Vereinsbildung auf, die je nach Bedarf bremsend oder mobilisierend zur Interessenartikulation oder zur pazifizierenden Einbindung eingesetzt wurden. Bestimmte Vereinsgründungswellen – vornehmlich auf dem Fuldaer Lande gingen in erster Linie von Klerikern aus, wie die Bauernvereinsgründungen der 1890er Jahre unter dem Einfluß von Matthias Dasbach.¹⁶

Das soziale Organisationsprinzip

Das katholische Vereinsleben war in sich vielfältig gestaffelt und in mehrere Gruppen eingeteilt. Am wichtigsten wurde das soziale Organisationsprinzip. So erhielt die immer zahlreicher werdende Arbeiterschaft in den Gesellenvereinen und den christlichen Gewerkschaften ein eigenes Vereinscurriculum, das den katholischen Arbeiter vom Eintritt ins Berufsleben (Gesellenverein) bis in den Arbeitsalltag (katholischer Arbeiterverein) begleitete. Mittelständische selbständige Schichten fanden im Katholischen Kaufmännischen Verein (KKV) ihre Vereinsform, die ländlich-agrarischen Interessen wurden in der Bauernvereinsbewegung der 1890er Jahre artikuliert. Bezeichnend war der Umstand, daß konfessionell konkurrierende Vereine, die sehr wohl eine ähnliche soziale Interessenlage voraussetzten, wie der mittelständische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Bund der Landwirte oder die sozialistischen Gewerkschaften im katholischen Sozialraum kaum oder nur vereinzelt und dann verspätet Fuß fassen konnten.

Das soziale Organisationsprinzip ermöglichte die Artikulation sozialer Interessen innerhalb des Katholizismus. Es entwickelte sich zum wichtig-

16 Zum im Kulturkampf radikal gewordenen »Preßkaplan« Friedrich Dasbach vgl. Wilfried Loth, Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreiches. In: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), 279-310, 287; sowie H. Thoma, C.F. Dasbach, Priester – Publizist – Politiker. Trier 1975; U. Fohrmann, Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich. Leben und Werk des Preßkaplans C.F. Dasbach. Trier 1977; K.J. Rivinius, Sozialpolitische Wirksamkeit des Preßkaplans C.F. Dasbach (1846-1907). In: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 21 (1989), 233-262.

sten Instrument zur Integration zentrifugaler sozialer Interessenlagen im Katholizismus. Zusammen mit der übergreifend integrierenden katholischen Sozialmoral formierten Vereine und Verbände das katholische Sozialmilieu unter den Bedingungen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft.

Massenkultur und organisierter Katholizismus

Das Prinzip Organisation blieb nicht auf den sozialen Bereich beschränkt. Es diente auch zur Einbindung und Zähmung neu entstehender massenkultureller Bedürfnisse. Für die Mischung moderner und tendenziell antimoderner Momente im Katholizismus war die Reaktion des Katholizismus auf das vermehrte Freizeit- und Unterhaltungsbedürfnis bezeichnend. Eine besondere Gefahr für den Zusammenhalt des katholischen Milieus erblickten katholische Verbandsfunktionäre lange Zeit im Sport und besonders den Arbeitersportvereinen, denen man sozialistische Indoktrination vorwarf. Noch 1929 kam eine Denkschrift zur Rolle der Sportvereine zu dem Schluß: »Der Sport selbst tritt an die Stelle des Religiösen.«¹⁷ Doch schon 1920 hatte die ›Deutsche Jugendkraft‹ (DJK) des Carl Mosterts begonnen, die neue Bewegung des Sportes in die eigenen Reihen zu integrieren.¹⁸ Die DJK sollte die Entfremdung der Katholiken von ihrer Weltanschauung durch die Flut nichtkonfessioneller Vereinsgründungen auf dem Lande verhindern. Der Milieukatholizismus nahm dadurch die Herausforderung tendenziell säkularer Freizeitgestaltung und Unterhaltungsbedürfnisse an und versuchte erfolgreich, sie ideologisch zu überformen.

Weniger lernfähig zeigte sich das katholische Milieu, was das massenkulturelle Phänomen Kino und Film anbetraf. Gerade gegenüber der Zerstreuungs- und Vergnügungswelle unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gab man sich feindselig und zugeknöpft. Das nach den vielfältigen Kriegsbelastungen und -entbehrungen gestiegene Freizeit- und Vergnügungsbedürfnis überlagerte die Konfessionsgrenzen und wirkte sozialmoralisch egalisierend. Tanz- und Kinoveranstaltungen erfreuten sich eines nie gekannten Zuspruches. Damit stießen sie auf den entschiedenen Widerspruch kirchlicher Stellen und der katholischen Presse. Im sogenannten Fuldaer »Kinoskandal« ging es nur vordergründig um einen »unanständigen Film«, der die religiösen Empfindungen breiter katholischen Schichten verletze. Im Kern widersetzte sich das offizielle Fulda dem Vordrin-

17 Schreiben des »consilium a vigilantia« der Diözese München und Freising an das Generalvikariat Fulda 25. Mai 1929 in: Bistumsarchiv Fulda Best. 455-02, Fasc. I.

18 Vgl. Lexikon für Theologie und Kirche (Freiburg i.Br. 1960) Bd. III, Sp. 266.

gen von Kino, Tanz und Zigaretten in die festorganisierte katholischen Lebenswelt.¹⁹

Krankhafte Organisierung im Verbandskatholizismus?

Derlei Reibungen und Integrationsversuche verhinderten nicht den Anstieg der Mitgliederzahlen im Verbandskatholizismus. Sowohl die berufsständischen Vereine der Arbeiter, des Mittelstandes und der Landwirtschaft als auch kirchennahe Vereine wie Jungmänner- oder Gesellensvereine bauten ihre Organisationsstrukturen aus.²⁰ Dieses Wachstum barg neue Risiken für den Bestand des katholischen Sozialmilieus in sich. Zum einen konnten die berufsständischen Verbände zusammen mit den Zentrumsbeiräten für die sozialen Stände besser als in den Zeiten der Honoratiorenpartei ihre Interessen artikulieren und politisch zur Geltung bringen. Zum anderen war gegen Ende der Weimarer Republik ein »krankhaftes Organisationsfieber« im Katholizismus zu beobachten, das auch kirchlichen Stellen aus dem Ruder zu laufen schien. So kam ein Pastorale über das katholische Vereinswesen zu dem Schluß: »So sehr wir die Bedeutung des katholischen Vereinswesens unterstreichen, so sehr ist heute bei dem fast krankhaft entwickelten Organisationsfieber vor einer hastenden Neuerungssucht und einer fast unerträglich werdenden Überorganisation zu warnen.«²¹ Um der Gefahr der Überorganisation vorzubeugen sollten verschiedene Verbände, die ähnliche Zielsetzungen verfolgten, zusammengefaßt werden. Daneben verstärkte sich der klerikale Einfluß. Über die Zustimmungspflicht der Ortsgeistlichen und deren hauptverantwortliche Mitsprache glaubte man, des überbordenden Organisationswillens Herr werden und es auf wichtige Ziele hin bündeln zu können. Am deutlichsten trat diese organisatorische Hypertrophie im Konkurrenzkampf zwischen den Gesellen- und den Jungmännervereinen, aber auch zwischen der Deutschen Jugendkraft und den Jungmännervereinen zutage.

Das Multifunktionsärswesen

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Mittelphase der Weimarer Republik hinein hatte das verbreitete Multifunktionsärswesen die übergreifende Einbindung der katholischen Vereine und Verbände noch

erleichtert: Viele Geistliche übten als Beiräte mehrere Leitungsfunktionen aus, die unterschiedlichen sozialen Interessenlagen entsprachen. Das Multifunktionsärswesen stand in der Zeit bis 1914 in voller Blüte, wurde aber auch noch bis in die Weimarer Republik hinein beibehalten. Als Prototyp des Multifunktionsärswesens durfte der Fuldaer Pfarrer Emil Atzert gelten. Er verband in seiner Person die Ämter des Präses der Gesellensvereine, des Schriftleiters des Bonifatiusboten und Zentrumsvorsitzenden im Landkreis Gersfeld, der Vorstandstätigkeit in der Fuldaer Actiendruckerei, die Funktionen eines Sekretärs des Caritasverbandes, aktive gestalterische Tätigkeit im Albertus-Magnus-Verein und im Bonifatiusverein sowie den Posten eines Unterverbandsdirektors der Raiffeisen-Genossenschaften für Gersfeld.²² Das Multifunktionsärswesen bot den großen Vorteil, daß hierdurch in einer Person sozialintegrative, politische und publizistische Funktionen zusammenkamen, deren getrennte Wahrnehmung die Integration erschwerte und Reibungsverluste verstärkte hätte.

In der Führungsschicht des katholischen Vereinswesens waren nach 1918 einschneidende Änderungen zu beobachten. Während bis zum Beginn der Weimarer Republik noch der Typ des nebenamtlichen Multifunktionsärswesens vorgeherrscht hatte, traten spätestens in der Mittelphase hauptamtliche Interessenvertreter einer sozialen Gruppe an deren Stelle. Diese Entwicklung im Funktionskörper des Katholizismus reflektierte die anschwellende Divergenz sozialer Interessen im Katholizismus, die nach 1918 vermehrt die katholische Szene beherrschten. Zum einen traten die einzelnen sozialen Gruppen auch mit politischen Vertretungsansprüchen hervor, zum anderen professionalisierte sich die Führungsstruktur der Verbände. Zu den hauptamtlichen Funktionären der berufsständischen Organisationen gehörten der Fuldaer Landtagsabgeordnete und Sekretär der Christlichen Gewerkschaften Karl Schmitt, der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Christlichen Bauernvereine August Crone-Münzbrock und der Vorsitzende des Kurhessischen Bauernvereins und Mitglied im Landesausschuß der Preussischen Zentrums-partei, Gutsbesitzer Heinrich Bispink.

22

Vgl. den Nachruf auf Pfarrer Emil Atzert in: Bonifatiusbote, 30. 5. 1923. Nebenamtliche Multifunktionsäre vom Typ Pfarrer Atzerts waren ebenfalls der Domkapitular Prof. Victor Thielmann, in einer Person Caritasdirektor, geistlicher Beirat des katholischen Kaufmännischen Vereins (KKV), Fraktionsvorsitzender der Fuldaer Zentrumsfraktion und Schulpolitiker, sowie Prof. Alexander Leimbach.

19 Zu den Auseinandersetzungen im sogenannten »Kinoskandal« um das Fuldaer »Zentralkino« vgl. Fuldaer Zeitung, 20. 8. 1919; 17. 1. 1920; 20. 1. 1920; 22. 1. 1920. Der Kinostreit zog sich den gesamten Winter 1919/20 hin.

20 Einzelnachweise in S. Weichlein (1992), 220ff.

21 Entwurf für eine Pastorale über das katholische Vereinswesen. In: Bistumsarchiv Fulda Best. 465 Nr. 03-F2, 14f.

1.2. Gefährdungspotentiale und Integrationsversuche

Der katholische Eigentumsbegriff: Verbürgerlichung des Katholischen Milieus?

Der Katholizismus stand spätestens seit den lehramtlichen Definitionen der 1860er Jahre, dem ersten Vaticanum und dem Siegeszug des Ultramintanismus, in strikter Opposition zur Moderne. Politisch äußerte sich das tendenziell vormoderne Verständnis der berufsständischen Sozialordnung und der monarchisch sichergestellten politischen Ordnung in der vehementen Kritik an den beiden beherrschenden Kräften des ausgehenden 19. Jahrhunderts, dem Liberalismus und dem Sozialismus. Einen für die weitere Agitation prägenden und konkreten Anhalt hatte der Antiliberalismus in der liberalen Kulturkampfgesetzgebung. Die Feindschaft zum Sozialismus hatte ihren doppelten Ursprung in der kirchenkämpferischen Grundeinstellung der frühen Arbeiterbewegung, einer Auswirkung des liberalen Erbes in der deutschen Sozialdemokratie und der marxistischen Religionskritik, und der realen politischen Konkurrenzsituation in der politischen Vertretung der katholischen Arbeiterschaft. Die katholische Kritik an der wirtschaftlichen und industriellen Moderne favorisierte einen kräftigen berufsständisch orientierten Antikapitalismus, der sich seinerseits zur Unterscheidung von der sozialistischen Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung genötigt sah. In kultureller Hinsicht bekämpfte der Katholizismus alle Erscheinungen der nivellierenden Massenkultur, den »Mammonismus« genauso wie den Amerikanismus.

Mit dem Abbau der Gegensätze zwischen dem politischen Katholizismus und der Reichsleitung bis hin zur Übernahme der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik wurde die katholische Bevölkerung immer mehr Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Prozeß fortschreitender Angleichung schlug sich bezeichnenderweise vor allem in einem neuen Verständnis der wirtschaftsbürgerlichen Fundamentalkategorie »Eigentum« nieder. Die frühe katholische Soziallehre trat im Zeitalter eines scharfen Antimodernismus, Anti-Liberalismus vergleichsweise deutlich kapitalismuskritisch auf. Für »Rerum Novarum« (1891), und das »Staatslexikon für das katholische Deutschland« in seiner ersten Auflage (1892) stellte das »Eigentum« noch keine Fundamentalkategorie dar, es blieb funktional eingebettet in eine sittliche Ordnung. Die Beseitigung privatkapitalistischer Mißstände wurde im Artikel »Eigentum« angemahnt. »Einem solchen Vorgehen dürfen die hergebrachten Schlagworte von der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Eigentums nicht beirren, sie würden sonst nur die Eigentumsinstitution, sondern

auch deren Auswüchse schützen und damit der erstern schlechte Dienste leisten. Aufgabe einer weisen Socialpolitik ist es, zwischen Eigentum und Arbeit einen erträglichen Zustand zu schaffen und auf diesem Wege dahin zu streben, daß ein mäßiger Wohlstand möglichst vielen zu theil werde.«²³

25 Jahre später war die Situation vollkommen verändert. Der katholische Eigentumsbegriff hatte in der Zwischenzeit seine antiliberalistische und kapitalismuseindliche Einfärbung aufgegeben. Das Staatslexikon garantierte in seiner fünften Auflage von 1926 uneingeschränkt das Privateigentum. Das private Eigentum war nun selbst Bestandteil der sittlichen Ordnung und durch sie legitimiert.²⁴ Die religiöse und sittliche Ordnung wurde damit als kritische Instanz zur Beurteilung der Eigentumsverteilung erheblich herabgestuft, wenn auch nicht gänzlich aufgegeben. Das integrierende Potential ursprünglicher antiliberaler, vor allem aber privatkapitalismuseindlicher Motive war jedoch hierdurch obsolet geworden. Wer kapitalismuskritisch und entschieden eigentumskritisch gesonnen war, konnte diese Einstellung kaum mehr innerhalb des politischen Katholizismus artikulieren. Dem verstärkten Widerstand gegen die eigentumsfreundliche Position der Zentrumsführung in der Fürstenfrage 1926 vermochte die Partei nurmehr autoritative kirchliche Weisungen sowie das vergleichsweise blasse Argument parlamentarischer Kompromißzwänge entgegenzustellen, die freilich ihre Wirkung verfehlten.²⁵

Gerade im Widerstand der Basis gegen den verbürgerlichten Eigentumsbegriff der politischen Führung im Zusammenhang des Fürstenseides 1926 lag eine der größten inneren Gefährdungen für den Zusammenhalt zwischen organisiertem Vereinskatholizismus und der Zentrumspartei.²⁶ Der Prozeß der politischen Emanzipation der Zentrumspartei aus der Rolle des Reichsfeindes wurde von der ständigen Kritik der eigenen Basis begleitet.

23 Adolf Bruder, Artikel »Eigentum«. In: Staatslexikon. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland durch Adolf Bruder. Bd. 1, Freiburg i.Br. 1. Aufl. 1892, Sp. 509-536, 531f.

24 Vgl. P. Tischleder, Artikel »Eigentum«. In: Staatslexikon. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Hermann Sacher. Bd. 1, Freiburg i.Br. 5. Aufl. (1926), Sp. 1582-1597.

25 Die fünfte Auflage des Staatslexikons enthielt folgerichtig aus aktuellem Anlaß eine Definition des Fürstenrechtes, was zuvor unterblieben war. Autor war der Vorsitzende der Zentrumstraktion im badischen Landtag Eduard Baumgartner. Vgl. Eduard Baumgartner, Artikel Fürstenrecht. In: Staatslexikon 5. Aufl. (1926), Sp. 326-338.

26 Vgl. hierzu Siegfried Weichlein, Katholizismus und Eigentum. Der Volksentscheid über die Fürstenvermögen 1926 in Fulda. Erscheint demnächst in: Fuldaer Geschichtsblätter.

Der politische Massenmarkt als Herausforderung

Im auf Abgrenzung ausgerichteten katholischen Sozialmilieu mußte naturgemäß die nivellierende Wirkung der modernen Massengesellschaft als verderblich erscheinen. Egalisierende Tendenzen traten gleich in doppelter Hinsicht an den Katholizismus heran. Politisch wirkte sie fundamentalpolitisch auf allen Entscheidungsebenen. Der politische Massenmarkt vertrug sich nicht mit dem Honoratiorenstil der hergebrachten Zentrumspolitik, sondern erforderte neue Mechanismen der politischen Integration. Immer neue katholische Schichten wurden politisiert. Bildeten anfangs noch in erster Linie mittelständische und agrarische Schichten das Rückgrat der Zentrumskohorte, so artikulierte seit den 1890er Jahren die katholischen Arbeiter in den Christlichen Gewerkschaften ihre sozialen und politischen Interessen. Seit 1919 kamen quer zu den sozialen Gruppen noch die Frauen hinzu, die bei den Nationalversammlungen das erste Mal wählen durften. Für das Zentrum änderte sich mit der parlamentarischen Republik die wahlpolitische Ausgangslage. Durch das frühere Mehrheitswahlrecht hatte die Zentrumspartei nur in den katholischen Gebieten kandidieren müssen, um seine Reichstagsmandate zu gewinnen. Durch die ungleiche Aufteilung der Wahlkreise war es durch seine ländliche Wählerschaft in der Mandatsverteilung immer begünstigt worden. Unter den Bedingungen des reichsweiten Verhältniswahlrechtes war es nötig, über eine umfassende Partei- und Wahlorganisation zu verfügen. Schon das Wahlrecht wirkte insofern tendenziell gegen die Isolierung der verschiedenen sozialmoralischen Gesinnungsgruppen gegeneinander. Ein weiteres Moment trat hinzu: Nur in indirekter Wahl konnte es dem Zentrum gelingen, seine politische Position vor dem Hintergrund einer breiten Angebotspalette zu konturieren. Direkte Formen der Demokratieausübung mußten dem entgegenwirken, da die Ja/Nein-Alternative keine eigenständige Position zuließ, die sich von den anderen Vertretern einer der beiden möglichen Positionen unterschied. Nur das mehrwertige Demokratieprinzip, nicht aber die zweitwertige politische Logik der Volksentscheide bot dem politischen Katholizismus die Möglichkeit, seine eigene Position scharf zu konturieren.

Der politische Massenmarkt ließ in Verbindung mit den obwaltenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen schärfere Interessengesetze hervortreten. Dieses Problem der politischen Einbindung divergierender sozialer Interessen stellte sich der Zentrumsführung vor allem hinsichtlich der katholischen Arbeiter, aber auch für katholische Mittelständler. Die politische Entwicklung in der Mittelphase der Weimarer Republik zeigte deutlich, daß auch katholische Mittelständler nicht gegen die Anzie-

hungskraft von Interessensparteien gefeilt waren.²⁷ Aber auch die Zentrumsstreue der katholischen Arbeiter blieb ständig gefährdet. Den Arbeiterparteien gelangen immer weitere Einbrüche in der katholischen Arbeiterschaft. Einen ständigen symbolischen Konfliktpunkt stellte der 1. Mai dar. Die christlichen Gewerkschaften widersetzten sich auch in Fulda dem Ansinnen ihrer sozialistischen Konkurrenz zur Arbeitsruhe und Feier am 1. Mai. Dabei konnten sie nicht der Unterstützung ihrer Basis sicher sein. 1920 erlitten sie bei einer Abstimmung über die Einhaltung des 1. Mai in den Fuldaer Industriebetrieben eine schwere Niederlage. Von den 881 Arbeitern in neun Fuldaer Betrieben stimmten 84,3% gegen und nur 15,7% für die Haltung der Christlichen, den 1. Mai nicht zu feiern. Blieben auf der Verbandsseite auch die Festkulturen der verschiedenen Richtungsgewerkschaften scharf voneinander getrennt, so traten vor Ort doch vielfältige Durchmischungen der Interessenlagen auf, wie z.B. der von den Christlichen und vom ADGB gemeinsam unterstützte Streik der Fuldaer Wacharbeiter im Januar 1922 zeigte.²⁸

Im Hintergrund dieser Entwicklung stand die Angleichung von Bewußtseinslagen durch gemeinsame Arbeitswelten und Proletarisierungserfahrungen bei katholischen und sozialistischen Arbeitern. Die nivellierende Tendenz ökonomischer Prozesse stellte eine ernste Bedrohung des auf gesinnungsmäßige und lebensweltliche Abschottung basierenden katholischen Sozialmilieus dar.²⁹

Das politische Bewußtsein katholischer Arbeiter grenzte sich von dem ihrer sozialistischen Kollegen nach dem Maße ihrer kirchlichen Bindung, ihres Landbesitzes, der Betriebsgröße und ihrer Feierabend-Landwirtschaft ab. Je weniger katholische Arbeiter durch die Primärfaktoren Produktionsmittelbesitz, kleinräumige Arbeitswelt und landwirtschaftliche Produktion in ihrem politischen Bewußtsein beeinflusst wurden, desto mehr glied sich ihr politisches Verhalten der sozialistische Industriearbeiterschaft an.

27 Schon bei den ersten Wahlen 1919 erzielte die Liste der Kriegsbeschädigten einen Achtungserfolg. Bei den Preußenwahlen im Februar 1921 gewann die Wirtschaftspartei vor allem in den Fuldaer Innenstadtbzirken mit hohem Einzel-, Kleinhändler- und Handwerkeranteil beachtliche Erfolge. Auf kommunaler Ebene machte seit 1924 eine Bürger- und eine Mieterpartei von sich reden.

28 Zur Abstimmung über den 1. Mai in den Fuldaer Industriebetrieben vgl. Fuldaer Zeitung, 27. 4. 1920. Zum Fuldaer Wacharbeiterstreik vom Januar 1922 die gemeinsame Solidaritätsadresse von Christlichen und Freien Gewerkschaften an die streikenden Wacharbeiter. In: Fuldaer Zeitung, 5. 1. 1922.

29 Vgl. hierzu die von Joseph Joos 1926 vorgestellten »Ergebnisse der Umfrage über die gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland.« In: Mitteilungen der Arbeiterpräsidies. Herausgegeben von der Diözesanleitung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Köln 4 (1926), 34-43.

Die vielfältigen Gefährdungspotentiale und Herausforderungen an Persistenz und Konsistenz der katholischen Subgesellschaft bildeten den Ausgangspunkt für unterschiedliche Integrationsversuche nach 1918. Sie stellten geradezu den Nachweis für die Lebendigkeit der Milieustrukturen dar. Mit ihnen stellte der Milieukatholizismus unter Beweis, daß seine Substruktur nicht in einer für alle Zeiten festgeschriebenen und quasi ahistorischen Form überdauern sollte. Gerade seine Flexibilität wechselnden Anforderungen gegenüber ermöglichte der Gesinnungsgruppe Katholizismus die Anpassung und Weiterexistenz in der modernen Massengesellschaft. Die Flexibilität bezog sich hierbei weniger auf die politischen Ziele und Grundeinstellungen als vielmehr auf die zu wählenden Mittel und einzuschlagenden Wege.

Zentrum oder Christliche Volkspartei?

Milieuerhaltende Integrationsversuche gab es schon vor 1914. Die Reformdiskussion im politischen Katholizismus setzte nur durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen gleich nach der Novemberrevolution wieder ein. Schon im November 1918 machten mehrere Politiker aus dem Umkreis der Volksvereins-Zentrale in München-Gladbach um Heinrich Brauns und August Pieper sowie den katholischen Arbeitervereinen um den Arbeitervereinsvorsitzenden Joseph Joos den Vorschlag einer interkonfessionellen »Christlichen Volkspartei«. Sie konnten dabei auf eine ältere Diskussion des »Gewerkschaftsstreites« genauso wie des »Zentrumsstreites« zurückgreifen. Der Herausgeber der »Kölnischen Volkszeitung«, Julius Bachem, hatte bereits im März 1906, also unmittelbar vor dem Bruch des Reichskanzlers Bernhard von Bülow mit dem Zentrum, die berühmte gewordene Forderung erhoben: »Wir müssen aus dem Turm heraus!«³⁰ Bachems Initiative hatte die politische Mehrheitsverschiebung von der informellen schwarz-blauen Koalition zum Bülow-Block aus Konservativen und Liberalen 1906/07 im Blick. Im Zentrum war man sich zu diesem Zeitpunkt sehr wohl der Gefahr bewußt, als parlamentarischer Partner und Mehrheitsbeschaffer der Regierung überflüssig zu werden, sobald sich Konservative und Liberale zusammenfanden. Das politische Kalkül der Zentrumspolitiker um Julius Bachem zielte darauf ab, durch die Gründung einer konfessionell übergreifenden konservativen Partei die Konservativen von den Liberalen weg und wieder an ihre

30 Vgl. Julius Bachem, Wir müssen aus dem Turm heraus! In: Historisch-politische Blätter 137 (1906), 376-386.

Seite zu zwingen.³¹ Ähnlich lagen die Dinge 1918/19. Die Aussicht auf eine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 löste im Zentrum wiederum politische Marginalisierungsängste aus. Die Initiative zu einer nicht mehr konfessionsspezifischen »Christlichen Volkspartei«, die an die bereits bikonfessionell verfaßten »Christlichen Gewerkschaften« anknüpfen konnte, diente mehr dem Erhalt des eigenen politischen Einflusses denn einer wirklichen Parteiform.

Die Wahlkreisvorsitzenden der Zentrumsorganisationen in den bisherigen Reichstagswahlkreisen Kurhessens und Nassaus berieten über die neue politische Lage und die einzuschlagende Wahlkampfstrategie am 7. Dezember 1918 in Gießen. Sie wollten an der bisherigen Parteistruktur nichts geändert sehen. Bezeichnenderweise insistierte die Gießener Zentrumsversammlung nicht nur auf dem bisherigen Parteinamen, sie behielt auch getrennte Parteiorganisationen für Nassau und Hessen-Kassel bei. Die scharfe Abgrenzung Hessen-Nassaus und des Regierungsbezirks Kassel in rein katholische und protestantische Gebiete ließ der kurhessischen Zentrumsführung eine Öffnung für die protestantische Mehrheit überflüssig erscheinen, gefährdete sie doch die enge Bindung des katholischen Bevölkerungsteiles an die Zentrumsparterie, ohne ihr durch die konfessionelle Zerklüftung neue Wähler zuzuführen.³² Experimentieren mit der Parteistruktur in einer Umbruchssituation erschien den kurhessischen Zentrumspolitikern dagegen gefährlich. In die gleiche Richtung zielten die Beschlüsse einer Vertrauensmännerversammlung des ehemaligen Wahlkreises 7 (Fulda-Gersfeld-Schlüchtern) am 16. Dezember 1918 in Fulda. Auch hier sah man keine Notwendigkeit, »einen anderen Rock anzuziehen«. Programmatisch einigten sich die Fuldaer Vertrauensmänner des Zentrums auf die bisherigen Leitsätze, die keinerlei Modifizierung – »Verschnörkelung« – bedürften.³³ Der Wahlauftrag der Fuldaer Zentrumsparterie zur Wahl am 19. Januar 1919 formulierte diesen

31 Vgl. John K. Zeender, German Catholics and the Concept of an interconfessional Party 1900-1922. In: Journal of the Central European Affairs 23 (1964), 424-439, sowie Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumsparterie 1917-1923, Düsseldorf 1966, 104ff.

32 Vgl. Fuldaer Zeitung, 10. 12. 1918.

33 »Danach soll 1. festgehalten werden an dem alten Parteinamen Zentrum. Die Zentrumspolitik hat es nicht nötig, einen anderen Rock anzuziehen, sie kann ihren alten Namen in Ehren führen. 2. wollen wir festhalten an den Grundsätzen des alten Programms, das dahin lautet: Für Wahrheit, Freiheit und Recht. Diese Grundsätze entsprechen den christlichen Grundsätzen; einer Verschnörkelung bedürfen sie nicht. 3. Der Reg. bez. Kassel und der Reg. bez. Wiesbaden gemeinsame Einvernehmen. 4. soll Hessen auf die 15 Kandidaten enthaltende Kandidatenliste 6. Nassau entsprechend der bei früheren Wahlen aufgebracht größeren Zahl von Zentrumsstimmen, 9 Namen setzen.« Fuldaer Zeitung, 17. 12. 1918.

Standpunkt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit: »Unser Name Zentrumspartei bleibt unverändert, wir brauchen uns keinen neuen Namen beizulegen, wir haben keinen Anlaß, unsere Vergangenheit zu verleugnen.«³⁴

1921: *Altes oder neues Zentrum?*

1921 feierte das Zentrum sein fünfzigjähriges Parteijubiläum. Dies bot Anlaß zu grundsätzlichen Positionsbestimmungen. In den zahlreichen Artikeln, Gedenkreden und Parteiveranstaltungen variierten die politischen Akzente und brachten Unterschiede in den Führungsgenerationen des Zentrums zum Ausdruck. Die Einstellungen der älteren Führungsränge, die noch von den Erfahrungen des Kulturkampfes oder seiner Ausläufer herrührten, fanden im Chefredakteur des Fuldaer Kirchenblattes »Bonifatiusbote«, Emil Atzert, ihren beredten Sprecher. Atzert forderte in seiner Stellungnahme zum Parteijubiläum das Zentrum zur Geschlossenheit auf. Nur auf diese Weise könne man der roten Flut widerstehen und eine christliche Erziehung wie auch die verfassungsmäßigen Rechte der Kirche garantieren. Die Gründe für eine straffe Organisation des katholischen Volksteiles galten nach seiner Meinung auch in der Republik unangefochten weiter.³⁵ Atzerts Einstellung zur Parteifrage stand unverkennbar in der Tradition traditioneller konservativer Politikmuster, die aus der Defensive heraus für Beharrung und Bewahrung eintraten. Positive Mitwirkung und eigentliches Engagement in Demokratie und Republik um ihrer selbst willen waren bei ihm kaum vorhanden. Anders verhielt es sich mit der Generation jüngerer Zentrumspolitiker, für die der Chefredakteur der »Fuldaer Zeitung«, Johannes Kramer, stand. Sein Beitrag zum Parteijubiläum betonte die positiven Gestaltungsmöglichkeiten in der neuen politischen Ordnung. Auch er ging als Zentrumspolitiker vom Selbsterhaltungsinteresse des politischen Katholizismus aus. Deutlicher als bei der alten Garde der Zentrumsführer strich er jedoch die übergeordnete Verantwortung im und für den demokratischen Staat heraus. Kramer bezog eine dezidiert positive Einstellung zum neuen Staate und kritisierte die auch in der Zentrumspartei weit verbreitete allgemeine politikkritische Grundeinstellung, die sich von allem fernhalte, was mit Parlament, Parteien und Politik zu tun habe. Inhaltliches Ziel der Zentrumspolitik sollte es nach

34 Wahlaufträge der Zentrumspartei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetzlar. In: Bonifatiusbote, 11. 1. 1919.

35 Vgl. Emil Atzert, Fünfzig Jahre. In: Mitteilungen der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel 1 (1920) Nr. 1 Dezember 1920, 3ff.

Kramer sein, wirtschaftlichen Ausgleich und die Solidarität der Stände hochzuhalten.³⁶

Der Wille zur Erhaltung des katholischen Milieus sah sich über den Zwang zu neuen Integrationsmechanismen durch einwirkende gesellschaftliche Prozesse noch zusätzlich und von innen heraus mit der Frage konfrontiert, wozu er seine politische Vertretung und Stärke einsetzen sollte. Diese immer wieder auftauchende grundsätzliche Fragestellung wurde jedoch zumeist sofort wieder überblendet durch den tages- und wahlpolitisch induzierten Zwang, die eigene Klientel zur Zentrumsstimmentgabe bei den häufigen Wahlen auf verschiedenen Ebenen zu mobilisieren.

Ständekandidaturen und Zentrumsbeiträge

Zur Zählung und Einbindung sozialer Interessen dienten dem politischen Katholizismus eine organisatorische Professionalisierung wie auch die sogenannten Ständekandidaturen. Vertreter der Landwirtschaft, des selbständigen und des unselbständigen Mittelstandes wie auch der Arbeiterschaft erhielten bei den Wahlen im Reich, in Preußen und zum Fuldaer Stadtparlament eine genau austarierte Menge an Listenplätzen. Deutlichster Ausdruck dieses Wechsels in der parlamentarischen Vertretung waren die Rücktritte des langjährigen Reichstagsabgeordneten Richard Müller im Januar 1920 und des preußischen Landtagsabgeordneten August Drinenberg im Februar 1921. An ihre Stelle traten für den Reichstag der Landwirt Herbert und für den Landtag der Gewerkschaftssekretär Karl Schmitt. Der Reichstagsabgeordnete Herbert hatte keinen starken Verband wie etwa der Arbeitervertreter Schmitt hinter sich. 1924 löste ihn der hauptamtliche Geschäftsführer der christlichen Deutschen Bauernvereine August Crone-Münzbrock ab, der am deutlichsten für den Vormarsch organisierter Interessenverbände im ostheßischen Katholizismus stand.³⁷ In die gleiche Richtung wirkte die Einrichtung von Zentrumsbeiräten für die sozialen Stände, die bei der Kandidatenauswahl ein Wort mitzureden hatten.

36 Johannes Kramer, Zum Geleite. In: Mitteilungen der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel für den Kreis Fulda 1 (1920), Dezember 1920, 1f.

37 Berufe der Zentrumskandidaten: »An aussichtsreicher Stelle kandidieren 18 Vertreter der Arbeiterschaft, 14 Vertreter der Landwirtschaft, 8 Vertreter des Handwerks, 7 Lehrer, 7 Juristen, Geistliche, 4 untere bzw. mittlere Beamte, 4 höhere Beamte, 4 Minister bzw. Staatssekretäre, 2 Gymnasialoberlehrer, 2 Universitätsprofessoren, 2 Vertreter der Industrie, 8 Vertreter des Handels, 2 kaufmännische Angestellte, 2 Ärzte, 1 Landrat, 8 Frauen, darunter 2 Hausfrauen, 2 Lehrerinnen, 2 Oberlehrerinnen, 1 Schuldirektorin, 1 Jugendpflegerin.« Fuldaer Zeitung, 14. 2. 1921.

Gleichwohl sah man von Zentrumsseite auch das politische Dilemma der Ständekandidaturen, daß mit dem breiten Raum für soziale Interessenvertretung das übergreifende Integrationsmoment katholischer Politik immer mehr ausdünnte. Parteiverantwortliche wie der Generalsekretär der Zentrumspartei in Kurhessen Neubauer und ihr Ehrenvorsitzender Richard Müller verurteilten das Überhandnehmen der Ständesinteressen unter den Katholiken Ost Hessens und die hinzugekommenen Sonderlisten außerhalb des Zentrums. Rettung sah Richard Müller nur in den »großen und verantwortungsvollen Zielforderungen des weltanschaulich und sittlich fundierten Zentrumsprogramms.«³⁸ Die Aporie, in die das Zentrum in der Mittelphase der Weimarer Republik geraten war, wurde vom Senior der Fuldaer Zentrumspartei genau erkannt. In seiner Korrespondenz mit anderen Zentrumspolitikern tauchte immer wieder der Hinweis auf den »Ständefimmel« und die zunehmende politische Konturlosigkeit der Partei auf. Im Rückblick auf die Kommunalwahlen 1924 stellte er ernüchert fest: »Bei den letzten Wahlen trat im Gegensatz zu denjenigen in früheren Jahrzehnten immer mehr das Bestreben hervor, Kandidaten besonderer Interessengruppen und Berufsorganisationen in die Gemeindevertretung zu bringen. Auch viele Wähler, die politisch unwidersprochen zur Zentrumspartei rechnen und als zuverlässige Katholiken gelten, haben für solche Kandidaten gestimmt.«³⁹

Wählern anderer Listen und Parteien wurde nicht mehr das Merkmal der Katholizität abgesprochen, war doch gerade in den Gemeinden mit hoher Osterkommunionsteilnahme und katholischer Bekenntnistreue der Dissens zur Zentrumslinie im Fürstenentscheid 1926 besonders deutlich. Waren die Wähler der Interessenparteien wie auch die Dissidenten beim Volksentscheid 1926 fraglos Fleisch vom Fleisch der Zentrumspartei, was die Reichstagswahlergebnisse mit aller Deutlichkeit nahelegten, so konnte das Zentrum doch nicht mehr auf allen politischen Ebenen die Integrationskraft aufbringen, die erforderlich gewesen

38 Vgl. den Bericht »Die Kreistagung der Fuldaer Zentrumspartei« in: Fuldaer Zeitung, 14. 2. 1925; Die Stellungnahme des Generalsekretärs Dr. Neubauer zu den Ereignissen des Berliner Zentrumsparteitages in: Fuldaer Zeitung, 26. 1. 1926. Nicht zufällig erreichte die Diskussion um die Ständekandidaturen und das verbindende Katholische im Umfeld der Reichspräsidentenwahlen 1925 seinen vorläufigen Höhepunkt, als das Zentrum seinen Kandidaten Wilhelm Marx aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die Bayerische Volkspartei nicht durchbringen konnte. Vgl. J. K. Zeender, The German Catholics and the Presidential Election of 1925. In: Journal of Modern History 35 (1963), 366-381.

39 Fuldaer Zeitung, 4. 10. 1928

sen wäre, um sich als die authentische katholische Interessenvertretung zu profilieren.⁴⁰

Phasen sozialmoralischer Überblendungsversuche

Interessengeleitete Listen, Ständekandidaturen und Zentrumsbeiräte veranschaulichten allen Beteiligten die Sprengkraft sozialer Interessen für eine Gruppe, deren Homogenität auf einer gemeinsamen Gesinnung beruhte. Während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gehörte der Versuch, durch sozialmoralische Appelle die übergreifende Integration des katholischen Volksteiles sicherzustellen, zum Repertoire katholischer Integrationsmechanismen. Derlei sozialmoralische Überblendungsversuche sozialer Interessengegensätze lassen verschiedene Phasen erkennen:

1. In der ersten Phase der Weimarer Republik trat die soziale Harmonieparole neben die listenmäßig gesicherte Vertretung sozialer Interessen. In dieser Phase konnte der organisierte Verbandskatholizismus auf beachtliche Erfolge in seiner Interessenvertretung verweisen: besonders die Christlichen Gewerkschaften profitierten vom politischen Inflationskonsens. Sie erreichten parallel zu ihren sozialistischen Konkurrenzorganisationen hohe Tarifaufschlüsse für die katholischen Arbeiter.

2. Diese Phase endete mit der Inflation 1923 und den sich zuspitzenden Verteilungskämpfen in der Mittelphase der Republik. Aufgrund ihrer wirtschaftsfriedlichen Grundeinstellung waren den Christlichen Gewerkschaften in dieser Zeit weitgehend die Hände gebunden. Ihre soziale Interessenvertretung blieb zusehends erfolglos. An ihre Stelle trat die religiös-sittliche Erneuerungspareole. Schon in der Frühphase vor 1923 vor allem von den Katholischen Arbeitervereinen vertreten, führte diese Parole nach den Einbrüchen beim Volksentscheid 1926 zu einer offensichtlichen Offensive auf kultur- und schulpolitischem Gebiet. Unmittelbar im Anschluß an den Volksentscheid setzte eine verstärkte Arbeiterpastoral mit religiösen Arbeitersonntagen ein, dem die Kampagne für ein Schmutz- und Schund-Gesetz und für die Sicherung der Konfessionsschule im schließlich gescheiterten Reichsschulgesetz folgten.

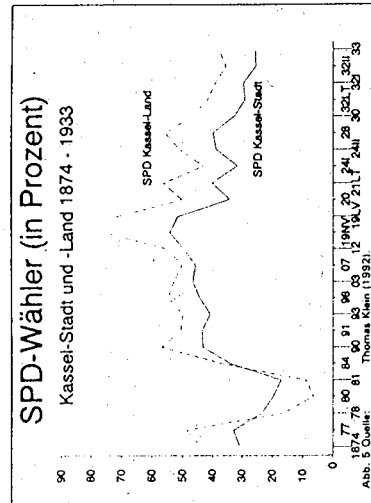
3. Die dritte Phase sozialmoralischer Überblendungsversuche realer Interessengegensätze begann 1930 durch die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus. Zwei Tendenzen traten hierbei deutlich hervor und unterschieden die Phase ab 1930 von der vorangegangenen Zeit. Zum

40 Zum Volksentscheid 1926 in den katholischen osthessischen Kreisen vgl. Siegfried Weichlein, Katholizismus und Eigentum. Der Volksentscheid über die Fürstenvermögen 1926 in Fulda. Erscheint in: Fuldaer Geschichtsblätter (1998).

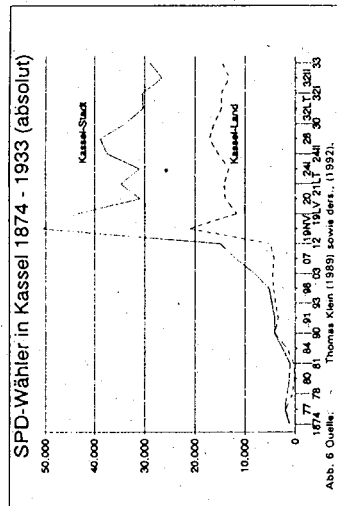
einen hatte die parteiinterne Wende auf dem Trierer Parteitag von 1928 mit der Wahl des Prälaten Kaas zum Vorsitzenden den Boden für eine betont nationale Politik und die größere Distanz zur parlamentarischen Republik bereitet. Die nationale Parole und die Idee der berufsständischen Sozialordnung traten in der Zentrumsagitatio nach 1928 in den Vordergrund. Zum anderen nutzte das Zentrum die Frontstellung gegen die NSDAP dazu aus, ähnlich wie 1919 unter dem Vorzeichen eines neuen Kulturkampfes seine Klientel zu mobilisieren. Der Erfolg dieser Strategie schien die Zentrumsführung in ihrem Kurs zu bestätigen. Das Zentrum konnte sich auch in den katholischen Landkreisen Hessen-Kassels deutlich behaupten und seine Wählererosion aufhalten.⁴¹

2. Das Kasseler reformistische Arbeitermilieu in der Weimarer Republik

Bereits vor der Verhängung der Ausnahme Gesetze gegen die »gemeindefählichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« konnte die Kasseler Sozialdemokratie bei den Wahlen 1874 und 1877 in den Landgemeinden über 40 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen (vgl. Abbildungen 5 und 6). In den 1880er Jahren wurde die SPD in Stadt- und Landkreis Kassel zur stärksten Partei, ohne daß sie ihre relative Mehrheit



41 Zur erneuten Kulturkampfstimmung nach 1930 im politischen Katholizismus vgl. Klaus Schönckes, »Christenkreuz über Hakenkreuz und Sowjetstern«. Die NSDAP im Raum Fulda. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt a.M. 1983, 127-179.



wegen bürgerlicher Stichwahlabkommen in ein Mandat umsetzen konnte. Ihre Stärke schon in der Zeit der Sozialistengesetze dokumentierten etwa die Reichstagswahlen 1884, als sie in der Stadt wie auch auf dem Land im zweiten Wahlgang 58 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Der kontinuierliche Wähleranstieg schlug sich schließlich doch bei den Reichstagswahlen 1912 in zwei Mandaten für Heinrich Hüttmann in Kassel und Georg Thöne in Eschwege nieder.⁴² Die mit dem politischen Systemwechsel 1918/19 verbundenen Hoffnungen katalysierten die Kasseler Sozialdemokratie auf ein nie gekanntes Stimmeniveau von über 50 % in der Stadt und über 70 % in den Landgemeinden. Diesem vielversprechenden Auftakt folgten jedoch schon bald herbe Stimmenverluste. Im Juni 1920, wahlgeschichtlich gesehen der Rückkehr zur Normalität, mußte sie enorme Stimmeinbußen und den Verlust der absoluten Stimmenmehrheiten in Stadt und Land hinnehmen.

In einer zweiten Phase ihrer Wählermobilisierung nach den Stimmenverlusten 1920 steigerte die Kasseler SPD ihre Stimmennzahlen und ihren Stimmenanteil bis zu den Maiwahlen 1928 wieder allmählich, bis sie ihre absolute Mehrheit zumindest in Kassel-Land zurückgewinnen konnte. Davon unterschied sich wiederum deutlich die dritte Phase des fortgesetzten Stimmenrückganges in der Weltwirtschaftskrise. Hatte sie vorher noch weite Teile der nordhessischen Arbeiterschaft, die nicht in der SPD organisiert waren zur Wahl mobilisieren können, so

42 Zur Geschichte der Kasseler Sozialdemokratie vor 1914 vgl. Jürgen Höpken, Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922. Darmstadt 1983; Rudolf Summa, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Darmstadt 1978; sowie S. Weichlein (1992), 357ff.

wurde sie nach 1930 auf ihre Kernwählerschaft reduziert, immerhin noch etwa 30% in der Stadt und 40% in den Kasseler Landgemeinden. Umgekehrt übernahm die NSDAP im April 1932 in der Stadt Kassel und im November des Jahres in den Umlandgemeinden die relative politische Führung.

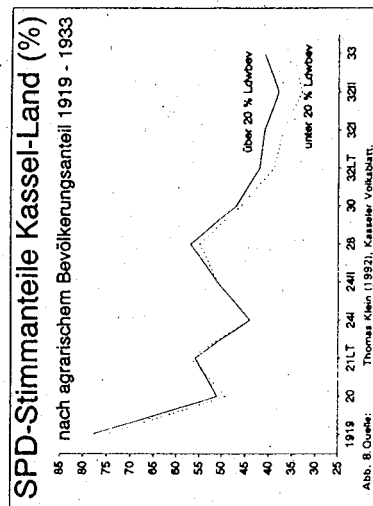
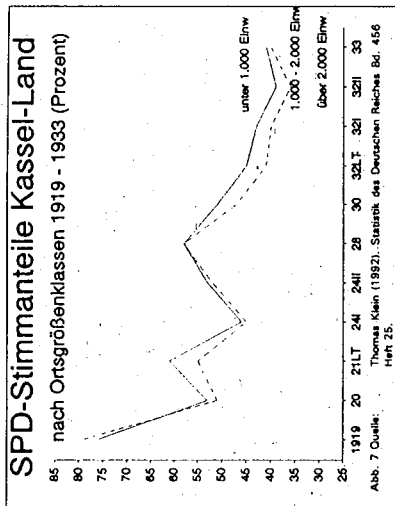
Ihre starke Stellung bei den Reichstagswahlen wurde einmal mehr durch den Vergleich aller sozialdemokratischen Parteibezirke in den Jahren 1929 und 1930 bestätigt. Die nordhessische Sozialdemokratie war mehr noch als die Reichspartei eine Wählerpartei, die auf der Basis eines festen und verlässlichen Mitgliederstammes politische Sympathisanten außerhalb der Partei in großem Umfang mobilisieren konnte. In Hessen-Kassel lag das Verhältnis der SPD-Wähler zu den abgegebenen Stimmen, zu den Wahlberechtigten und zu den Einwohnern jeweils deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Unter allen 33 SPD-Bezirken des Jahres 1928 nahm Hessen-Kassel Rang 5 im abgegebenen Stimmanteil, Rang 7 im Wahlberechtigtenanteil und Rang 9 im Einwohneranteil ein. Die Organisationsquote der Partei, also das Verhältnis der Mitglieder zu Einwohnern und abgegebenen Stimmen, lag dagegen im Trend und sogar darunter. Die SPD zählte nur 1,85% der Einwohner des Agitationsbezirkes und 9,94% ihrer Wähler zu Mitgliedern. Hier nahm sie unter den SPD-Bezirken nur die mittleren Ränge 17 und 22 ein. Gegen Ende der Weimarer Republik verengte sich der Mobilisierungsradius der Partei deutlich auf die eigene Mitgliedschaft, die sie von 1,85% auf 2,02% der Bevölkerung des Agitationsbezirkes steigern konnte.⁴³

Für die Ausbildung eines bis in die Endphase der Weimarer Republik hinein flächendeckenden sozialdemokratischen politischen Arbeitermilieus sprechen neben der Konstanz hoher Stimmanteile zwei bemerkenswerte strukturelle Übereinstimmungen mit dem katholischen politischen Sozialmilieu:

1. Die Tiefengliederung nach den Stimmanteilen in den verschiedenen Ortsgrößenklassen ergibt, daß die SPD in allen Größenklassen vorherrschte. Überall war zudem dieselbe Tendenz zu erkennen, die auch auf höheren politischen Ebenen in der Provinz, in Preußen und im Reich zutage trat. Ähnlich dem politischen Katholizismus hatte die Kasseler SPD ihren stärksten Rückhalt in den kleinen Gemeinden. In den beiden kleineren ländlichen Ortsgrößenklassen (bis 1.000 und zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern) blieb die SPD bis zu den Novemberwahlen 1932 die stärkste Partei. In den größeren Landgemeinden mit über 2.000 Ein-

⁴³ Vgl. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1929, 184; Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1930, 207.

wohnern überholte die NSDAP die SPD bei den Preußenwahlen vom April 1932. Die Sozialdemokratie war eine Partei der städtischen und der ländlichen Bevölkerung mit einem Mobilisierungsvorsprung in den kleineren Gemeinden (vgl. Abbildung 7).



2. Auch eine Differenzierung nach unter- und überdurchschnittlichem Anteil der Agrarbevölkerung weist – ähnlich der Zentrumsparterie in Osthessen – auf eine erstaunliche Homogenität im sozialdemokratischen Wahlkörper hin. Die Sozialdemokratie dominierte sowohl in agrarischen als auch in Industriegemeinden. Zu ihrer Klientel gehörten Fabrikarbeiter in der Stadt und Arbeiterbauern in den stadtnahen Landgemeinden. In beiden Gruppen blieb sie die politisch dominierende Kraft bis zu den Aprilwahlen 1932. Ihre Ergebnisse in Landgemeinden mit weniger als kreisdurchschnittlichen 19,7% Agrarbevölkerung (1933) wichen bis zur Reichstagswahl 1930 nur geringfügig von den Resultaten in den Indu-

striegemeinden ab. Erst danach setzte eine Differenzierung ein. Aber auch dann noch blieb sie in den kleineren agrarischen Gemeinden stärker als in den größeren Industriedörfern (vgl. Abbildung 8).

2.1. Subkultur und Substruktur der Kasseler SPD

Die frühen Wahlerfolge schon in der Zeit der Sozialistengesetze und nach 1890 ließen die Kasseler Sozialdemokratie schon früh zur Traditionspar- tei im Raum Kassel werden. Als einzige Partei blickte sie bis zum Ende der Weimarer Republik auf eine im wesentlichen bruchlose Tradition zurück und verhinderte, daß USPD und KPD größere Einbrüche in das sozialdemokratische Wählerreservoir erzielten. Mehrere subkulturelle und substrukturelle Momente begünstigten diese dominierende Stellung der SPD.

Traditionsverhaftung und sozialmoralische Einlässigkeit

Die nordhessische SPD war mehr noch als die Reichspartei eine Partei der Arbeiter. 64,9 % ihrer Mitglieder des Jahres 1930 waren Arbeiter, im Reich waren es mit knapp 60 % etwa fünf Prozent weniger.⁴⁴ Die Arbeiterschaft der Kasseler Industrieregion war in größerem Umfang als in anderen Industrieregionen nahgewandert. Kassel hatte als aufstrebender Industriestandort am Ende des 19. Jahrhunderts keine Konkurrenz in der Nähe und zog vor allem die Bevölkerung der umliegenden nordhessischen Landkreise an. Fernwanderer bevorzugten eher die viel- fältigere Industrielandschaft an Rhein und Main oder Rhein und Ruhr.⁴⁵

Ihre Herkunft aus den umliegenden rein protestantischen und agrari- schen Landkreisen beeinflusste die Wertorientierungen und vopoliti- schen Einstellungen der nordhessischen Arbeiter. Hinzu kam, daß die Industrialisierung im Kasseler Raum als Folge der industriefeindlichen Politik des letzten Kasseler Kurfürsten in größerem Maßstab erst nach 1880 einsetzte und in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg geschah. Kassel kannte keine langanhaltende Inkuba- kultur, die einer entwurzelten Arbeiterschaft neue Werte der Arbeiterbe- wegung hätten vermitteln können. Statt dessen überdauernten traditio- nelle ländliche Wertorientierungen die gedrängte und verspätete Indu- strialisierung, ohne je nachhaltig überformt zu werden. Die Agrargesell-

44 Vgl. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1930, 194; Geschäftsbericht SPD-Bezirksver- band Hessen-Kassel 1930, 60.

45 Zur Wanderung und Herkunft der Kasseler Arbeiterschaft vgl. R. Summa (1978), 75ff; sowie S. Weichlein (1992), 330ff.

schaft fand sich quasi als wertprägender Bestandteil in der Industriege- sellschaft wieder und wurde nur sehr bedingt von ihr abgelöst.⁴⁶

Ein erheblicher Teil der Arbeiter blieb nach dem Umzug nach Kassel mit seinem Herkunftsort verbunden. Die Stadt Kassel bot weder für Industriestandorte noch für Wohnquartiere genügend Platz. Ein bedeu- tender Teil der zugewanderten Arbeiter siedelte sich in den stadtnahen Landgemeinden an, was ihrem eigenen ländlichen Herkommen entgegen- kam. In diesen Landgemeinden blieb der Anteil derjenigen Arbeiter besonders hoch, die neben ihrer Fabrikarbeit nach Feierabend eine nebenberwerbliche Landwirtschaft betrieben. Diese Mondscheinbauern konnten zur Bewirtschaftung ihrer kleinen Nutzflächen von bis zu 2 ha auf Spanndienste ortsansässiger Landwirte zurückgreifen, die sie mit Bar- zahlungen entgelten. Durch subsistenzwirtschaftliche Selbstversorgung blieben sie verhältnismäßig unabhängig von Konjunkturentwicklungen am Arbeitsplatz. Diese Tendenz zur lebensweltlichen und sozialmoralis- chen Einlässigkeit in ihre Umwelt wurde noch durch die Staatsnähe des wichtigsten Produktionssektors in der Kasseler Industrie, dem Lokomotiv- venbau, verstärkt. Henschel, Credé, Wegmann und andere Zuliefererfir- men lebten von Staatsaufträgen im In- und Ausland, was nicht zur Steige- rung der Umsturzgedanken in der Arbeiterschaft führte. Die Streikfreu- digkeit der Kasseler Metallarbeiter blieb aus diesem Grunde gering.

Die historischen Ursprünge der politischen Arbeiterbewegung in Nordhessen waren eng mit den radikaldemokratischen Traditionen der 1848er Revolution verbunden. Die ersten Kasseler Sozialdemokraten, die aus handwerklichen Berufen kamen, standen in der Tradition des All- gemeinen Deutschen Arbeitervereines von Ferdinand Lassalle und hiel- ten sein Andenken bis in die Weimarer Republik hinein hoch. Die Fabrikarbeiter hingegen wurden erst zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg nachhaltig politisch und gewerkschaftlich organisiert, ohne die lassalleanischen und handwerksnahen Ursprünge je gänzlich überfor- men zu können.⁴⁷

Nicht der Typus des großstädtischen Arbeiterproletariats war für die Kasseler Arbeiterschaft kennzeichnend, sondern der vielfätig – sei es über die nebenberwerbliche Landwirtschaft und Formen der sozialmoralis-

46 Zur Bedeutung agrargesellschaftlicher Faktoren in der Industriegesellschaft vgl. die For- schungen des Gießener Agrarwissenschaftlers Edgar Harsche; Ders., Die Agrarstruktur als Bestandteil der industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Diss. Gießen, Wirtsha- den 1962; sowie ders., Landwirtschaft in der Industriegesellschaft. In: Agrarwirtschaft, Gesell- schaft 1 (1984), 3-58.

47 Vgl. R. Summa (1978), 230ff, bes. 244ff. Am 18. März 1867 konstituierte sich in Kassel ein Ortskomitee des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADA).

schen Ökonomie, durch betriebliche Mentalitäten oder durch die Mitarbeit in nationalen Verbänden – mit seiner Umgebung verbundene Industriependler.⁴⁸ Als das Kasseler Gewerkschaftskartell die örtlichen Dachdecker zu organisieren versuchte, mußte man dem Einwand entgegenreten, die Arbeiterorganisationen bekämpften die Religion. Bezeichnenderweise versicherten die Kasseler Gewerkschafter den ländlichen Dachdeckerkern, der neu zu gründende Dachdeckerverband habe nichts mit Politik zu tun. Die nordhessischen Arbeiter sahen die Mitgliedschaft in Kriegervereinen als durchaus vereinbar mit sozialdemokratischer Stimmabgabe an und sangen in Gesangvereinen patriotische Lieder.⁴⁹

Sozialdemokratische Agitation konnte zwar an seine unselbständige Arbeit und die Ausbeutung in der Fabrikarbeit anknüpfen, sie hatte jedoch auch in Rechnung zu stellen, daß die Arbeiter in großer Anzahl selbst Produktionsmittel besaßen und nach Feierabend eigenverantwortlich Selbstausbeutung betrieben. Diese mentale Gemengelage qualifizierte die Kasseler Arbeiterschaft nicht zur Speerspitze des industriellen Proletariates im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Vielmehr behielten Formen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, der politischen Mitsprache und der allmählichen reformistischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in der Kasseler Arbeiterbewegung die Oberhand.

Die Substruktur der Kasseler Arbeiterbewegung

Wertorientierungen und Grundeinstellungen der nordhessischen Arbeiterschaft bildeten gleichsam das Rohmaterial, aus dem die politische Arbeiterbewegung ihre Strukturen aufzubauen hatte. Revolutionäre Ungeduld und klassenkämpferisches Pathos konnten unter den gegebenen Umständen keine attraktiven Lösungen sein. Die Substruktur der Kasseler Arbeiterbewegung lebte in starkem Maße von der kräftezehrenden alltäglichen Reformarbeit sozialer Interessenvertretung durch die Gewerkschaften, die sich bis in die Partei hinein fortsetzte. Beide Säulen der Arbeiterbewegung, das Ortskartell der Gewerkschaften und die Partei waren eng miteinander verklammert. Der Funktionärskörper der

Kasseler SPD rekrutierte sich aus altgedienten Gewerkschaftsfunktionären, wie etwa dem Senior der Kasseler SPD, dem Holzarbeiterfunktionär und Alterspräsidenten der Weimarer Nationalversammlung Wilhelm Pfankuch, Jahrgang 1841, dem Buchdrucker, ersten Reichsministerpräsidenten der Weimarer Republik und Kasseler Oberbürgermeister, Philipp Scheidemann, dem Kreissekretär der SPD, Johannes Struve aus dem Holzarbeiterverband, oder dem ersten Kasseler Reichstagsabgeordneten, Heinrich Hüttmann aus dem Maurerverband. Nicht der – wie eigentlich zu erwarten – mitgliederstarke Metallarbeiterverband, sondern die älteren und kleineren Verbände dominierten im Führungspersonal der Partei.

Die SPD in Hessen-Kassel und im Reich

Die Inventur der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1930 zeigte signifikante Übereinstimmungen aber auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteiebenen auf.⁵⁰ Obschon beide Parteiebenen sich zu über 60 % aus Arbeitern rekrutierten, unterschieden sie sich in der Zusammensetzung derjenigen Arbeiter, die der Partei beigetreten waren. In Hessen-Kassel spielten ungelernete Arbeiter eine wesentlich bedeutendere Rolle als im Reich. Kamen in der deutschen Sozialdemokratie auf einen ungelerneten Arbeiter 10 Facharbeiter, so waren es in Kassel lediglich 1,1. Im Hintergrund stand auch hier der hohe Anteil rasch zugewandter Arbeiter, die in wenig qualifizierte Beschäftigungen einrückten. Außerdem waren die nebenerwerblich in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter zumeist ungelernete oder gering qualifizierte Kräfte, die die Last zweier Berufe trugen.

Die Kehrseite des Profils einer Traditionspartei bildete ihre Überalterung. In Hessen-Kassel und im Reich waren die 35- bis 50jährigen mit etwa 40 % sowie die 50- bis 60jährigen mit mehr als 16 % überrepräsentiert im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Der Funktionärskörper der Kasseler Parteiorganisation war deutlich überaltert. Die wichtigsten Funktionäre in Partei, Arbeiterpresse und den Selbsthilfeorganisationen der Kasseler Arbeiterbewegung (Hans Eckel, Christoph Zilch, Johannes Struve, Philipp Scheidemann u.a.) waren vor 1871 geboren. Andererseits sicherte ihr Alter und ihre handwerkliche Herkunft noch nach 1919 den lassalleianischen Anfängen Einfluß auf die Geschicke der Partei und der Gewerkschaft und bot eine sichere Gewähr gegen eine Entfremdung von der eigenen Basis.

48 Zur sozialmoralischen Ökonomie, d.h. die gegenseitige Durchdringung von Wertvorstellungen vgl. Eike Hennig/Manfred Kieserling, Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik. Kassel 1990; sowie ders., Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke. In: Heinrich Best, Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich. St. Katharinen 1989, 119-154.

49 Vgl. R. Summa (1978), 256f.

50 Zum folgenden vgl. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1929 und 1930 sowie S. Weichlein (1992), 374ff.

Den Typus des aus niederem Herkommen hochgedienten Parteifunktionärs, standfest und reformistisch bis in die Knochen, verkörperte die einflußreichste Persönlichkeit der nordhessischen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Georg Thöne (Jahrgang 1867) aus Niedermeiser im Landkreis Hofgeismar. Thöne erlernte den Maurerberuf und war seit 1903 in verschiedenen Gewerkschafts- und Parteifunktionen tätig, zuerst als Angestellter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, seit 1907 als erster Parteisekretär im neugeschaffenen Bezirkssekretariat Kassel. In dieser Funktion wurde er 1912 für den Wahlkreis Eschwege zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Thöne gehörte dem parteiinternen Heidelberger Kreis um den Agrarrevisionisten Eduard David an und unterstützte dessen politische Haltung in allen Punkten. Von 1919 bis 1928 war er Landrat im Kreis Witzenhausen, behielt jedoch durch seine umfangreiche Rede- und Schreibfähigkeit seinen Einfluß auf die Partei.

Das innerparteiliche Funktionärswesen garantierte nicht nur Effizienz in Werbekampagnen und Wahlkämpfen, es stellte auch ein Kontinuitätsmoment zu den eigenen Ursprüngen dar. Albert Grzesinski, früher selbst Sekretär des Kasseler Metallarbeiterverbandes und seit 1926 preußischer Innenminister, sprach vom »Instanzenweg in der Partei«, die sich allmählich einer Verwaltung angeglichen habe. »Unsere Bewegung stellt sich dem Betrachter von außen vielfach als ein würdiges Etwas in Bratenrock und Zylinder dar.«⁵¹ Ihre Verhaftung in der Tradition und erkennbare Kontinuitätslinien sicherten der nordhessischen Sozialdemokratie zwar Identität und Wiedererkennbarkeit bei ihren Wählern. Im raschen Wechsel der äußeren Bedingungen stellte die vergleichsweise altmodische, moderate und auf Ausgleich bedachte Haltung der Kasseler Arbeiterfunktionäre eine Identifikationsinstanz dar, die in der Weimarer Republik auf eine teilweise schon fünfzigjährige Tradition zurückblicken konnte. Um politisch auf Dauer erfolgreich bleiben zu können bedurfte es jedoch konkreter politischer Vermittlungsmuster, mit denen die Partei in dem zumeist handwerklichen und agrarischen Umland ihre Wähler an sich binden konnte. Wie also wurde die nordhessische Sozialdemokratie ihrem Image einer kompromißverpflichteten Traditionspar-
tei in der Weimarer Republik gerecht?

51 Albert Grzesinski, Im Entscheidungskampf. In: 40 Jahre Kasseler Volksblatt, 3. 1. 1931

2.2. Vermittlungsmuster zwischen Partei und Wählerschaft

Kommunalpolitik

Zur politischen Mobilisierung breiterer Schichten auf der Grundlage eines kontinuierlich hohen Mitgliederstammes bediente sich die kurhessische SPD verschiedener Vermittlungsmuster, die sie als grundsätzliche kompromißverpflichtete, koalitionsbereite und tendenziell über die Arbeiterschaft öfönungswillige Partei für Nichtmitglieder attraktiv machten.⁵² Die Programmatik und politische Praxis der nordhessischen Genossen war in kaum zu überschätzendem Maße durch die Kommunalpolitik, d.h. durch kleinräumige Politikmuster und Reformstrategien bestimmt. Von allen 870 sozialdemokratischen Bürgermeistern des Jahres 1930 stellte der Kasseler Parteibeirk allein 102, obwohl er nach der Zahl seiner Mitglieder nur an 30. Stelle unter den 33 Parteibeirken zu finden war. Insgesamt betrug 1930 der Anteil der SPD-Kommunalpolitiker an der Mitgliedschaft 12,3 %, d.h. etwa jeder achte Genosse saß in einem Kommunalparlament oder war in den Selbstverwaltungskörperschaften auf lokaler oder regionaler Ebene tätig. Nur noch die Parteibeirke Baden und Franken wiesen einen ähnlich hohen Anteil an kommunalpolitischen Funktionsträgern auf. Im Reich war nur etwa jeder zwanzigste Genosse in einer solchen Funktion zu finden. Schon dieses hohe Maß an kommunalpolitischer Verantwortung unter den Kasseler Genossen stand einem Selbstverständnis der Partei als struktureller oder permanenter Opposition entgegen. Gleichzeitig professionalisierte die Kasseler Partei ihre kommunalpolitische Arbeit. Der hohe Anteil an Gewerkschaftsfunktionären vermittelte soziale Interessenvertretung, wie sie an der Gewerkschaftsbasis gewünscht wurde, mit der Partei. Sie half so der Partei, Wähler zu halten und neue zu gewinnen.⁵³ Ein gutes Beispiel für diese ständige Vermittlung zwischen der ländlichen Arbeiterschaft, der Kommunalpolitik und Parteiarbeit stellte der preußische SPD-Landtagsabgeordnete Carl Kraft dar, der gleichzeitig Landwirt und Bürgermeister in Nieste/Landkreis Kassel war. Kraft war von 1902 bis 1926 Vertrauensmann der SPD in Nieste gewesen, hatte die Partei von den Anfängen mit

52 Die Öffnung für Schichten außerhalb der Arbeiterschaft bedeutete nicht, daß sich die Kasseler SPD für nichtproletarische Schichten öffnen wollte. Die Öffnung sollte vielmehr das Proletariat nach dem Verständnis des Erfurter (und nicht des Cörlitzer) Programmes stärken. Zu den Diskussionen um das Cörlitzer Parteiprogramm 1921 in Kassel vgl. S. Weichlein (1992), 411ff.

53 Einzelangaben zu Herkunft und Stellung sozialdemokratischer Kommunalpolitiker bei S. Weichlein (1992), 387ff.

aufgebaut, seit 1919 saß er im Kreisausschuß des Landkreises Kassel. In der Partei trat er als Agrarpolitiker hervor.⁵⁴

Koalitionspolitik

dhessen durch ihr unterschiedenes Eintreten für die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien her. Diese Bündnisbereitschaft wurde ihr durch die fehlende Konkurrenz von links erleichtert. Die Kasseler Genossen, die sich nie an den theoretischen Debatten der Reichspartei beteiligten, hatten schon vor 1914 die Reform der Gesellschaft und nicht den revolutionären Bruch favorisiert. Diesem allmählichen Transformationsprozeß schienen die steigenden Wahlergebnisse der SPD zu entsprechen. Auf dem Weg über den Stimmzettel glaubte man an die Macht zu kommen. Die demokratische und die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft fielen für die Kasseler Genossen letztlich zusammen. Nach 1918 war die Situation da, auf die man gehofft hatte. Die Kasseler Genossen glaubten sich in ihrer Überzeugung bestätigt, daß die parlamentarische Republik der gegebene Ort für sozialistische Reformpolitik sei, zumal sie erstmals in der Geschichte Kassels auch auf kommunaler Ebene die alleinige politische Führung mit Philipp Scheidemann als Kasseler Oberbürgermeister erreichten. Auch als die Kasseler SPD die absolute Mehrheit besaß, suchte sie die politische Zusammenarbeit mit DDP und Zentrum.

In den koalitionspolitischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Zeit trat die nordhessische Sozialdemokratie für ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ein. Dies galt sowohl für Preußen als auch für das Reich. Besonders die langlebige Preußenkoalition fand in Kassel deutliche Unterstützung.⁵⁵ Auch im Reich strichen führende nordhessische Genossen die sozialdemokratische Verantwortung für Demokratie, Republik und Parlamentarismus heraus und forderten eine Regierungsteilnahme der SPD. So gehörte etwa der Hersfelder Reichstagsabgeordnete Michael Schnabrich Anfang 1926 in der innerparteilichen Diskussion um die koalitionspolitische Haltung der SPD zu der Minderheit in der Reichstagsfraktion, die sich für einen Eintritt der SPD in die Regierung einsetzte, nachdem seit den Dezemberwahlen 1924 eine Regierungskrise die andere gejagt hatte. Schnabrich trat in seinem Votum dafür ein,

54 Zu Carl Kraft vgl. Gerhard Beier, Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984). Frankfurt a.M. 1984, 472 sowie Kasseler Volksblatt, 18. 5. 1928.

55 Vgl. Kasseler Volksblatt, 31. 5. 1927 u.ö. Lediglich bei der Frage der preußischen Regierungsbeteiligung der DVP 1921 zeigte man sich skeptisch, um die in Aussicht stehende Wiedervereinigung mit der USPD nicht zu gefährden.

»die Republik zu erhalten, damit sie ausgestaltet werde zum sozialen Rechts- und Volksstaat. [...] Jahrzehntelanger Kampf wäre umsonst, wenn wir nicht hüten, was wir geschaffen haben.«⁵⁶

Tolerierungspolitik versus Milieuerhalt: Die SPD nach 1930

Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, daß die Kasseler SPD die Tolerierungspolitik der SPD in der Zeit der Präsidialkabinette des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning unterstützte. In zahllosen Presseartikeln und Versammlungen warb die örtliche Parteiführung bei ihren Mitgliedern und Wählern um Verständnis für die kompromißwillige Haltung der Partei, die je länger je mehr unter dem Diktat stand, eine nationalsozialistische Regierungsübernahme zu verhindern, ohne damit die parlamentarische Republik oder gar sozialpolitische Errungenschaften bewahren zu können. Mit ihren Appellen zur Verteidigung von Republik und Demokratie und ihrer Aufforderung zur Opferbereitschaft mußte sich die Kasseler Parteiführung jedoch immer weiter von der Arbeits- und Lebenswelt zumindest ihrer Wählerklientel entfernen. Anders als das katholische Milieu verfügten die Kasseler Genossen gleichsam über keine harten Devisen, die sie in Zeiten des Währungsverfalls der Kompro-mißvernunft an ihren Anhang ausgeben konnten. Die Appelle an das Durchhaltevermögen ihrer Anhänger verfielen je länger je mehr nur noch bei der eigenen Mitgliedschaft, weniger jedoch bei den breiten ländlich-industriellen Schichten, die ihr zuvor noch nahegestanden hatten. Anders als die Zentrumspartei konnte sie keine zuvor verloren gegangenen Wähler mehr zurückgewinnen. Im Unterschied zu den konstant hohen Mitgliederzahlen in Partei, Gewerkschaft und Arbeiterkulturorganisationen erodierte ihre Wählerschaft und damit die Außenwirkung der Partei.⁵⁷ Das sozialdemokratische politische Sozialmilieu mit breiter

56 Michael Schnabrich, Regierungskrise! Warum große Koalition? In: Kasseler Volksblatt, 9. 1. 1926. Zur innerparteilichen Diskussion um die große Koalition im Winter 1925/26 in der SPD vgl. Heinrich A. Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin 1985, 259-264.

57 Die Zeit zwischen 1928 und 1933 ist für die nordhessische SPD durch die Untersuchungen von Eike Hennig und Jörg Kammler vergleichsweise gut erforscht. Vgl. Eike Hennig, Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928-1933). Ein Hinweis zur Diskussion der politischen Kultur im »roten Landkreis«. In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 92 (1987), 205-245; Ders./Manfred Kieserling, Zwischen Fabrik und Hof - zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik. Kassel 1990; Ders./Manfred Kieserling/Thomas Schlegel-Batton, Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Die Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei hessischen Kreisen. In: Detlef Lehner/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik. Opladen 1990, 293-334.

Außenwirkung sah sich in der Endphase der Weimarer Republik auf das reichhaltige Binnenleben der Partei zurückgeworfen. Die eingeeigneten politischen Handlungsspielräume zogen Vermittlungs- und Mobilisierungsmustern genauso wie sozialer Interessenvertretung einen engen Rahmen.⁵⁸ Die Verhärtung der politischen Fronten hatte ihren Höhepunkt erreicht.

3. Politische Sozialmilieus nach 1945:

Trotz tiefgreifender Brüche im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich stand die Geschichte der Parteien nach 1945 in einer zwangsläufigen Kontinuität zur Weimarer Republik. Die veränderte Parteienlandschaft betraf vor allem die Rechtsparteien und die Interessengruppen. Insbesondere die Sozialdemokratie knüpfte aus der Verfolgung heraus an Weimarer Parteitraktionen an, ohne die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterkultur wieder aufbauen zu wollen oder zu können.⁵⁹ Größer waren indessen die Brüche in der politischen Vertretung des Katholizismus. Die Bundesrepublik erlebte keine Neuaufgabe des Zentrums, das 1933 sang- und klanglos untergegangen war. Die bikonfessionelle CDU stand jedoch in den katholischen Gebieten wie z.B. in Ostpreußen in deren Tradition und wurde als Partei des politischen Katholizismus gewählt.⁶⁰

Die veränderten Ausgangsbedingungen nach 1945 hatten nachhaltige Folgen für das programmatische und organisatorische Innenleben der Parteien. Für die Sozialdemokratie stellten sich in der politischen Situation der späten vierziger Jahre weniger die Probleme der Umgestaltung

58 Zur Tolerierungspolitik der SPD in der Ära Brüning vgl. Eberhard Kolb, Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative. In: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschungen über den Nationalsozialismus. Festschrift Werner Jochmann. 2 Bde. Hamburg 1986, Bd. 1, 157-176; sowie Klaus Schönhoven, Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Antitismus in der Ära der Präsidialkabinette. In: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen. München 1992, 59-75; Zur SPD im Jahre 1932 vgl. Heinrich A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Berlin 1987, 584-608.

59 Vgl. hierzu Dieter Langewiesche, Arbeiterfreizeitkultur in der Bundesrepublik – Traditionslinie und Kontinuitäten. In: W. Kaschuba/C. Korff/B. J. Warnken (Hrsg.), Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung? Tübingen 1989, 59-70.

60 Zu SPD und CDU nach 1945 in Hessen vgl. Gerhard Beier, Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984). Frankfurt a.M. 1987; Heinrich Rüschemschmidt, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen. Darmstadt 1981.

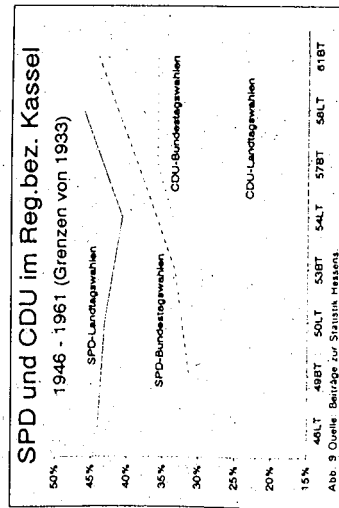
von Staat und Gesellschaft als vielmehr die des Neuaufbaus. Das kam der Tradition der reformistischen nordhessischen Sozialdemokratie entgegen, die sich als Integrationskraft ersten Ranges in Hessen profilieren konnte, zumal das Bundesland besonders viele Flüchtlinge und Vertriebene integrieren mußte. Dieser Bevölkerungsschub erschwerte zudem eine bruchlose Anknüpfung an Mobilisierungsmuster und Organisationsstrukturen der Weimarer Zeit. Die politische Integration und Mobilisierung der nordhessischen Sozialdemokratie konnte unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht auf festgefügte Organisationskulturen zurückgreifen, sondern mußte sich als neue, tatkräftige Aufbaukraft etablieren, die eine zügige Integration der neuen Bevölkerung gewährleisten würde. Sie mußte sich zur hessischen Partei entwickeln. Ähnliches galt für die anderen Parteien.

In diesem Wettlauf um die Rolle des legitimen Interessenvertreters der Integrationsaufgabe hatten die Sozialdemokraten wichtige Vorteile. Die CDU hatte zusehends das Image einer partikularen katholischen Partei, die Liberalen stehenden zu Beginn weitgehend in der Nachfolge der Weimarer Rechtsparteien, was ihre großen Wahlerfolge im nord- und oberhessischen Raum (Waldeck-Frankenberg) belegte. Die Sozialdemokraten waren indessen nicht konfessionell festgelegt und setzten sich vornehmlich von den rechtsliberalen Traditionen ab.

Die ersten Wahlen im neuen Bundesland Hessen, die Wahlen zu den Gemeindevertretungen 1946, standen noch in der Tradition von Weimar. Die restriktiven Wahlrechtsbestimmungen erlaubten den inzwischen im großem Umfange nach Hessen zugezogenen Vertriebenen und Flüchtlingen noch nicht zur Wahl zu gehen, da sie noch kein halbes Jahr am gleichen Wohnort lebten. Geradezu überdeutlich traten bei dieser ersten Wahl nach 1945 die alten Hochburgen der Sozialdemokratie und des politischen Katholizismus wieder zutage. Die SPD erzielte in Kassel Stadt und -Land mit 51,6% und 79,1% Ergebnisse, die denen bei den Nationalversammlungenwahlen von 1919 nahekommen. Die neugegründete CDU konnte sich auch weiterhin ihrer osthessischen Klientel sicher sein. 63,8% der Wähler in der Stadt Fulda und 80,2% im Landkreis gaben ihr ihre Stimme.

Indessen stellte sich in der Gründungsphase der Bundesrepublik bis 1961 eine interne Ausdifferenzierung je nach der zur Wahl stehenden politischen Vertretungsebene ein. Sie betraf die auffallenden Unterschiede zwischen den Landtags- und den Bundestagswahlergebnissen (Tabelle 9). Die SPD konnte sich schon bei den ersten landesweiten Wahlen als Partei mit besonderem hessischen Landesprofil durchsetzen, was nicht zuletzt auf die ausgeprägteren Organisations- und Kommunika-

tionsstrukturen zurückzuführen war, die schon die Vorkriegs-SPD unter den verschiedenen SPD-Untergliederungen des späteren Bundeslandes Hessen auszeichnete. Demgegenüber fiel bereits bei der Untersuchung des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik ein vergleichsweise niedriger Organisationsgrad und eine höhere lokalpolitische Kompetenz der Zentrumsparterie auf. So blieben etwa die parteiinternen Kommunikationsstrukturen im Zentrum zwischen der Parteiuntergliederung in Nassau und der kurhessischen Zentrumsparterie auch aufgrund der abweichenden Sozialstruktur in der Wählerschaft deutlich unterentwickelt. Vor 1933 hatte man in getrennten Parteiorganisationen innerhalb einer preußischen Provinz gearbeitet.



Die SPD konnte in Kassel-Stadt und -Land zwischen 1946 und 1961 ihre Wählerschaft kontinuierlich ausbauen. Ihr Stimmanteil variierte entsprechend der Wahlbeteiligung, die bei Bundestagswahlen höher war als bei Landtagswahlen. Die SPD schnitt bei den Landtagswahlen regelmäßig um einige Prozentpunkte besser ab als im Bund. Umgekehrt erreicht die CDU im Landkreis Fulda ihre besten Ergebnisse bei den Bundestagswahlen und mußte sich bei Landtagswahlen mit weniger Prozenten begnügen.

Die politische Wahlgeschichte der Sozialdemokratie und der CDU im Regierungsbezirk Kassel (nach den Grenzen von 1933 aber auch denen von 1946) läßt im Vergleich mit den Weimarer Ergebnissen zwei Schlußfolgerungen zu:

1. Das deutlich bessere Landtagswahlergebnis der SPD gegenüber ihren Bundeswerten im Kasseler Regierungsbezirk deutet auf eine selbst im katholischen Raum noch bemerkbare größere landespolitische Attraktivität der Sozialdemokratie hin. Dies mag zum einen auf die landespoli-

schon Integrationserfolge der SPD zurückzuführen sein. Unverkennbar sind jedoch die unterschiedlichen Wahlpräferenzen bei Land- und Bundestagswahlen in der Wählerschaft, die es der SPD erleichterten, als föderales Gegengewicht gegen die Bonner CDU-Koalition in Erscheinung zu treten.

2. Für die Fortexistenz der politischen Sozialmilieus hat dieser Umstand indes erhebliche Folgen, läßt er doch zu einem gewissen Grad die Wahlentscheidung von Motiven funktional anhängig sein, die jenseits der In-Group-Orientierung bzw. sozialmoralischen Vorgaben für die Politik liegen.

Im Unterschied zum auf allen Ebenen scharf gegeneinander abgegrenzten Parteiensystem vor 1933 fuhr der kurhessische Wähler nach 1945 nicht mehr nur in der sozialmoralischen Differenzierung unter den Politikangeboten fort. Die Ausdifferenzierung nach bundesstaatlichen und föderalen Gesichtspunkten trat vielmehr hinzu. Sie beleuchtet den in der Zwischenzeit durch das Scheitern von Weimar, den Nationalsozialismus, Krieg, Flucht und Vertreibung eingetretenen Wandel.

Diese gesellschaftliche Entwicklungen in der frühen Bundesrepublik bewirkten einen Einschnitt im Selbstverständnis der Parteien. Die soziale Lage der Arbeiter besserte sich zusehends durch einen Ausbau der Sozialpolitik. Das politische Kriterium »Proletariat« verlor zusehends seinen noch vor 1933 dominanten Stellenwert. »Neben der Überwindung der alten Gestalt der »Proletariat« wurde die Arbeiterschaft als soziale Klasse homogener, während der gesellschaftliche Bedeutungsgehalt der Klassenzugehörigkeit stark abnahm.«⁶¹

Auch der politische Katholizismus konnte sich nicht mehr des Kriteriums Katholizität zur Wählermobilisierung fraglos bedienen, wie dies noch zu einem gewissen Ausmaß vor 1933 der Fall gewesen war. Die konfessionelle Bevölkerungsverteilung hatte sich zwar nach 1945 in Nordhessen nur graduell verändert und den konfessionellen Gegensatz nur bedingt abgemildert. Die Minderheitenkonfession, der Katholizismus, profitierte von der Zuwanderung zumeist katholischer Flüchtlinge aus dem Sudetenland, aus Oberschlesien oder Ungarn. Ihr Anteil stieg von 15,7 % auf 25,8 % an. Die regionalen Schwerpunkte der Konfessionen blieben davon unberührt. Im Prinzip geht die heutige Konfessionsvertei-

61. Josef Mooser, Auflösung des proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland. In: Soziale Welt 34 (1983), 270-306, 305; Vgl. auch ders., Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenslagen, Kultur und Politik. Frankfurt a.M. 1984.

lung immer noch auf den Augsburger Religionsfrieden 1555 zurück.⁶² Für den Gestaltwandel des politischen Katholizismus waren andere Vorgänge im Parteiensystem und im Katholizismus selbst wichtiger. Der politische Katholizismus in seiner alten Gestalt mit Zentrumsprälaten und kirchlicher Einflußnahme hatte 1933 aufgehört zu bestehen, auch wenn die CDU auf lokaler Ebene in dessen Nachfolge eintreten konnte. Innerkirchlich bewirkte der Neuaufbruch hin zum zweiten Vaticanum, das aggrimentorum, eine Neubestimmung des Verhältnisses zu Staat und Gesellschaft. Der säkulare Staat wurde nicht mehr perhorresziert, sondern als gegebenes politisches Betätigungsfeld des Christen akzeptiert. In die gleiche Richtung wirkte der Umstand, daß die zuvor wirtschaftlich unterentwickelten katholischen Gebiete unter der Kanzlerschaft des Katholiken Konrad Adenauer in besonderer Weise vom Wirtschaftswunder profitierten. Damit aber entfiel allmählich das wirtschaftliche Gefälle als Trennlinie zwischen den Konfessionen. Der Katholizismus war nicht nur in seinem theoretischen Eigentumsbegriff sondern auch in seiner Wirtschaftskraft Teil der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Im Ergebnis hübten beide Merkmale, Katholizität und Proletarität, ihre Prägekraft auf das Parteiensystem nach 1945 ein. Die Militeus gehörten - wenn auch ein politischer Nachhall auf regionaler Ebene unverkennbar war - der Vergangenheit an.⁶³

⁶² Als Bemessungsgrundlage diente hier der Regierungsbezirk in seiner neuen Gestalt nach 1945. Vgl. Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre 1860-1960, Hrsg. vom Hessischen Statistischen Landesamt, Wiesbaden 1960, 507.

⁶³ Vgl. Dieter Oberndorfer-Helmut Rattinger Karl Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel, Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus Bd. 25), Berlin 1985.

Theo Schiller/Thomas v. Winter

Politische Kultur im nördlichen Hessen

1993

